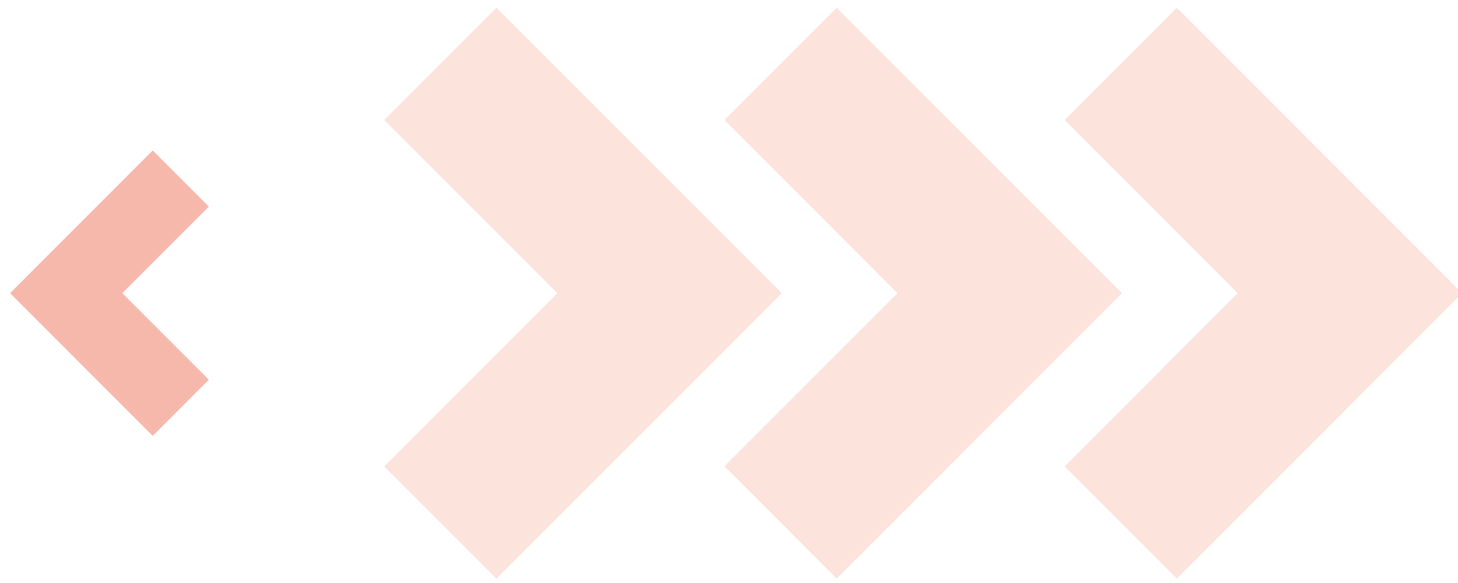


RECHTS SITZEN LASSEN?!

ZUM UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN
IN KOMMUNALPARLAMENTEN

*Eine Handreichung für Kommunalvertreter*innen
in Mecklenburg-Vorpommern*



INHALT

- 4** RECHTS SITZEN LASSEN?! EINE EINFÜHRUNG
- 10** DAS KOMMUNALPARLAMENT
– EINE BRANDMAUER GEGEN DEMOKRATIEFEINDE?
- 18** POSITION BEZIEHEN
 - 19 Höchstpersönlich
 - 20 In Ihrer Fraktion oder Stimmgruppe
 - 22 ZusammenWIRken – Fraktions- und gruppenübergreifend
- 24** RAHMEN SETZEN – DIE SITZUNGSLEITUNG
- 28** MÖGLICHKEITEN NUTZEN
 - 29 JA zur Auseinandersetzung
 - 30 NEIN zur Einflussnahme
 - 31 Auf Abstand
 - 32 Überdenken und Entwickeln
 - 33 Medien: Chancen und Risiken
- 36** DEMOKRATIE LEBT DURCH IHR ENGAGEMENT!

ANHANG

- 38** STIMMEN AUS DER PRAXIS
- 46** INFORMATION UND BERATUNG
- 49** ZUM WEITERLESEN

EINLEITUNG

RECHTS SITZEN LASSEN?!



RECHTS SITZEN LASSEN?! EINE EINFÜHRUNG

2006 zog mit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD, heute: Die Heimat) eine rechtsextreme und neonazistische Partei zum ersten Mal in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns ein. 2009 und 2014 errang sie bei den Kommunalwahlen zeitweilig bis zu 70 Mandate in Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen.

Deutschlandweit waren Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen diejenigen Bundesländer, in denen sie ihre erfolgreichsten Wahlergebnisse einfahren konnte. Diese Entwicklungen hatten in Mecklenburg-Vorpommern Auswirkungen auf die gesamte kommunalpolitische Landschaft und gaben den Anstoß für die Erstauflage dieser Handreichung. 2010 stellte die RAA M-V als Herausgeberin an dieser Stelle fest:

Die NPD ist bereit, nahezu jedes Thema von lokaler Brisanz aufzugreifen und über den Weg der Sacharbeit Bürgernähe zu suggerieren. Doch der Schein trügt: Ideologisch gefärbte Anträge, massive Störungen, Provokationen und Verbalattacken in Anwesenheit von Besuchergruppen rechtsextremer Sympathisanten, die ihrerseits versuchen, Stimmung zu machen, zu beobachten und einzuschüchtern, gehören ebenso zum parlamentarischen Alltag der NPD wie Sitzungsunterbrechungen durch notwendige Ordnungsmaßnahmen. Als Kontrastprogramm dazu: unbeteiligtes „Absitzen“ der Tagesordnung oder Gegenstimmen der NPD-Vertreter bei allen Anträgen.ⁱ

Seitdem hat sich jedoch viel getan: Das Spektrum rechtsextremer Akteur*innen hat sich erweitert und diversifiziert. Auf der einen Seite gibt es immer mehr Einzelkandidat*innen und lokale nicht-parteiliche Wählergruppen, deren rechtsextreme Einstellungen nicht ersichtlich sind, auch bewusst verschleiert werden, bis sie in das jeweilige kommunale Parlament einziehen. Auf der anderen Seite findet sich eine gestiegene Anzahl offen rechtsextremer Kleinstparteien wie die Neue Stärke Partei (NSP), Der III. Weg oder Die Rechte.ⁱⁱ Die wenigen Mandate, die sie erringen, gewinnen durch Kooperationen und Fraktionsbildungen mit solchen lokalen rechtsextremen Wählergruppen und Einzelakteur*innen stark an Gewicht, sodass auch sie ins politische Handeln kommen.

Beide Entwicklungen erfahren durch den deutschlandweiten Erfolg, der durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft Alternative für Deutschland (AfD)ⁱⁱⁱ besonderen Rückenwind. Im Vergleich zur Situation 2010, als die erste Auflage dieser Handreichung entstand, hat sie die NPD an Relevanz abgelöst und in der Anzahl gewonnener Mandate auf allen Ebenen von Kommune, Land und Bund weit übertroffen. Ihre Fähigkeit, polarisierende Themen zu setzen, öffentliche Debatten zu prägen, medial ebenso präsent zu sein wie vor Ort, Wähler*innen zu mobilisieren, Personal zu stellen und mit wesentlicher Unterstützung und Professionalisierung auszustatten, liefert die Blaupause für das Handeln der meisten rechtsextremen Akteur*innen. Kooperationen werden gesucht und etabliert, Strategien imitiert, Mitnahmeeffekte genutzt.

Vor diesem Hintergrund sind die damaligen Beobachtungen zwar nicht hinfällig, allerdings sehen sich Kommunalpolitiker*innen einer deutlich größeren Bandbreite rechtsextremer Strategien gegenübergestellt. Die rechtsextremistischen Parteien, Bewegungen, Wählergruppen

und Einzelpersonen, die Einzug in demokratische Institutionen wie Gemeinde- oder Stadtvertretungen gefunden haben, haben im Laufe der Jahre dazugelernt. Sie haben sich professionalisiert. Sie nutzen das kommunale Parlament gezielt und erfolgreich als Bühne für das Bespielen von Sozialen Medien, die ebenfalls massiv an Bedeutung hinzugewonnen haben. Sie können die auch aus den Krisen und Problemen dieser Zeit entstehende Demokratieskepsis deutlich effektiver dafür nutzen, sich als annehmbare politische Option zu inszenieren. Für jede*n ist etwas dabei: Vom völkischen Traditionshandwerker von nebenan über die Verschwörungserzählungen verbreitende Mediengestalterin und der erzkonservativen pensionierten Lehrerin bis hin zum bürgernahen Geschäftsmann, dem es nur um den lokalen Sportverein und die Sicherheit der Schulkinder geht.

Diese Erweiterung und Vervielfältigung des Angebots gilt nicht nur für Wähler*innen, sondern auch für die demokratischen Vertreter*innen und Fraktionen. Denn besagter Einzug der gesellschaftlichen Mitte ins rechtsextreme Spektrum macht die Rechtsextremen in der ein oder anderen kommunalen Vertretung zu einem Faktor, mit dem umgegangen werden muss. Oder – auch dies kommt vor – es wird die Nähe und Kooperation mit Rechtsextremen von Mandatsträger*innen aus demokratischen Parteien nicht nur in Kauf genommen, sondern bewusst gesucht. Auf diese Weise muss man sich nicht auf die produktive Auseinandersetzung, den Kompromiss mit dem politischen, aber demokratischen Gegner einlassen – eine Folge gesellschaftlicher Polarisierung durch rechtsextreme Parteien und Akteur*innen. So entstehen auf kommunaler Ebene demokratie- und menschenfeindliche Mehrheiten, wo es den Wahlergebnissen nach eigentlich keine gibt, mit schweren Konsequenzen für den demokratischen Zusammenhalt und unseren Staat.

Aus der heutigen Perspektive ist der 2006 beschlossene „Schweriner Weg“, eine fraktionsübergreifende Erklärung zum Umgang mit der NPD im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns, weitestgehend gescheitert. Zum einen als Vorlage für demokratische Akteur*innen in kommunalen Parlamenten: Oft genug wurde und wird ein anderer, kooperierender Umgang mit rechtsextremistischen Mandatsträger*innen gepflegt. Oft genug scheitern die Vorgaben des „Schweriner Weges“ an den besonderen Bedingungen kommunaler Demokratie, wo Mehrheiten für Beschlüsse und Vorhaben immer neu gesucht werden müssen, und wo Abgrenzung schwerer umsetzbar ist. Zum anderen ist er auch erfolglos geblieben in der Delegitimierung einer rechtsextremen Partei auf demokratischer Bühne angesichts der Tatsache, wie weit rechtsextreme und antidemokratische Einstellungen bis tief in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen sind, was entsprechende Wahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus belegen.

Schon damals regten die Autor*innen dieser Handreichung zur kritischen Frage an, ob das wesentliche Konzept des „Schweriner Weges“, nämlich das „Rechts sitzen lassen“ der NPD so ohne Weiteres umsetzbar ist für die Kommunalpolitik: Ja, Rechtsextreme müssen aus den Räumen gedrängt werden, die sie einzunehmen versuchen. Lässt man sie einfach, aber konsequent sitzen, können sie keine Themen (be)setzen, keine Aufmerksamkeit ziehen, niemanden in aufgeheizt unsachliche Kommunikation treiben. Und zugleich: Nein, Rechtsextreme schlicht zu ignorieren und so gut es geht in ihrem Stimmverhalten unwirksam zu machen, ist viel zu wenig, um diesem großen gesamtgesellschaftlichen Problem wirksam entgegenzutreten. Es ist viel zu wenig, um gute Politik als Antwort auf Demokratieskepsis und -feindlichkeit gestalten zu können. Und es ist viel zu wenig, um gesellschaftlichen Zusammenhalt herzustellen oder

zu bewahren, der Grundlage ist für unsere demokratische Streitkultur, die sich nicht feindlich gegen Menschen oder fundamentale demokratische Werte richtet.

Ziel dieser Neuauflage ist es, erneut niedrigschwellige Handlungsempfehlungen für Kommunalpolitiker*innen zusammenzustellen. Dabei sollen diese Empfehlungen nicht nur das umfangreiche Wissen wiedergeben, das es über Rechtsextreme und ihre politischen Strategien gibt. Sondern sie sollen sich an der Praxis, den Realitäten und Herausforderungen kommunalpolitischer Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern orientieren, somit anwendbar und vor allem wirksam sein.

Dazu haben wir eine Reihe von Hintergrundgesprächen mit Jurist*innen, Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und weiteren Expert*innen geführt. Vor allem haben wir das Gespräch mit Gemeindevertreter*innen, Stadtvertreter*innen, Kreistagsabgeordneten sowie mit Personen aus der kommunalen Verwaltung gesucht. 15 Personen aus sehr unterschiedlichen kommunalpolitischen Kontexten aus ganz Mecklenburg-Vorpommern (Stadt und Land, erfahren und unerfahren u. v. m.) und aus unterschiedlichen politischen Richtungen (parteilos, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP) haben sich vertrauensvoll auf ausführliche Gespräche eingelassen und tiefen Einblick in ihre Erfahrungen und Einschätzungen gegeben. Dabei stand für unsere Gesprächspartner*innen der Wunsch nach schützender Anonymität an erster Stelle. Bedroht zu werden oder bedroht werden zu können, ist für sie und ihre Kolleg*innen zum Alltag geworden, der wiederum den oftmals ehrenamtlichen Einsatz für ein demokratisches Miteinander zur belastenden Schwerstarbeit macht. Es führt zu öffentlicher Zurückhaltung, zu gesundheitlichen Einschränkungen bis hin zur Aufgabe von Mandaten oder gar des gesamten politischen Engagements. Dies ist ein Zustand, der ebenfalls aus rechtsextremen Strategien resultiert und der deutlich macht: Gerade kommunalpolitische Arbeit und die Bedingungen, unter denen sie geleistet wird, muss viel stärker in den Fokus aller rücken, wenn wir Rechtsextremismus und die Gefahren, die von ihm ausgehen, bekämpfen wollen. Wenn Demokratie gefährdet ist, dann dort, wo sie beginnt, nämlich vor unserer Haustür, in unserer Nachbarschaft, in unserer Gemeinde. Dort, wo es keine schützende Öffentlichkeit oder unterstützenden professionellen Strukturen für engagierte Ehrenamtliche gibt, gerade dort haben rechtsextreme Akteur*innen deutlich leichteres Spiel.

Umso wichtiger ist es, sich begreiflich zu machen, was die Präsenz von Rechtsextremen in kommunalen Parlamenten sowohl für die jeweiligen Gemeinden, Städte und Kreise als auch für unsere Demokratie insgesamt bedeutet: Was ist Rechtsextremismus und worin liegt das Problem? Weshalb ist die Auseinandersetzung damit so wichtig? Daher haben wir den Handlungsempfehlungen für die Praxis einen Problemaufriss vorangestellt, der sich auch mit der sogenannten Brandmauer auseinandersetzt. Damit sollen auch diejenigen Leser*innen, die nicht kommunalpolitisch aktiv sind, fachlichen Einblick in diese Thematik erhalten, denn Kommunalpolitik geht uns alle etwas an. So ermöglicht diese Handreichung nicht nur Handlungssicherheit für Kommunalpolitiker*innen im Umgang mit Rechtsextremen in der eigenen Arbeit, sondern sie bietet auch konkrete Ideen für Bürger*innen, aus der Zivilgesellschaft, der Mitte der Gesellschaft heraus, ihre demokratischen kommunalen Vertreter*innen zu stützen und unterstützen. Auch Expert*innen können hier fündig werden, denn mithilfe der Interviews ist es gelungen, umfassend Stimmen und Erfahrungswerte aus der Kommunalpolitik eben dieses Bundeslandes zu versammeln. So haben wir unsere Handlungsempfehlungen, die an den Problemaufriss anschließen, auf ihre Umsetzbarkeit überprüft und ergänzt.

Wir sind ausgesprochen dankbar für das Vertrauen, das uns diese Politiker*innen entgegengebracht haben, und die Aufrichtigkeit, mit der sie ins Gespräch mit uns gegangen sind. Ihre Gedanken, Ideen und Erfahrungen haben wir für die inhaltliche Überarbeitung der Neuauflage dieser Handreichung genutzt. Im Anhang haben wir unter den Kernfragen, die wir allen Gesprächspartner*innen gestellt haben, ausgewählte anonymisierte Zitate versammelt, um der Vielstimmigkeit dieser Menschen und ihrer Erfahrungen direkten Ausdruck zu verleihen.

Der Anhang versammelt zudem eine Auflistung von Angeboten in Mecklenburg-Vorpommern, bei denen man Hilfe und Beratung in Bezug auf Rechtsextremismus erhält, sowie Tipps für weiterführende Informationen.

i Cornelia Neumann, Susanne Theilmann, Karl-Georg Ohse, „Rechts sitzen lassen?! Zum Umgang mit Rechtsextremisten in kommunalen Parlamenten. Eine Handreichung für Kommunalvertreter in Mecklenburg-Vorpommern“, hrsg. v. d. Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V., Waren (Müritz) 2010, S. 5.

ii Vgl. u. a. Verfassungsschutzbericht 2023, hrsg. v. Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2024, S. 42 – 49; sowie den Glossar-Eintrag „Rechte, Die (Partei)“, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500805/rechte-die-partei/>, abgerufen am 28.05.2025.

iii Die AfD-Landesverbände von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen werden von den jeweiligen Landesämtern für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft (vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2023, hrsg. v. Sächsischen Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, o. O. 2024, S. 52 – 65; Verfassungsschutzbericht 2023, hrsg. v. Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg o. J., S. 32 – 62; Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2023, hrsg. v. Thüringer Ministerium für Inneres und Sport, Erfurt o. J., S. 11 – 17). In Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen und Niedersachsen werden die jeweiligen AfD-Landesverbände als rechtsextremistische Verdachtsfälle beobachtet (vgl. Frederik Mallon, „So stuft der Verfassungsschutz in deinem Bundesland die AfD ein“, Dezember 2023, erschienen im Blog Volksverpetzer, <https://www.volksverpetzer.de/analyse/verfassungsschutz-afd-laenderebene-uebersicht/>, abgerufen am 28.05.2025); dies gilt auch für die AfD auf Bundesebene. Ihre Beobachtung als Verdachtsfall durch das Bundesamt für Verfassungsschutz wurde 2024 vom Oberverwaltungsgericht Münster für zulässig erklärt (vgl. Urteil des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen vom 13.05.2025, Az 5 A 1216/22).



DAS KOMMUNALPARLAMENT

EINE BRANDMAUER GEGEN DEMOKRATIE- FEINDE?

DAS KOMMUNALPARLAMENT

EINE BRANDMAUER GEGEN DEMOKRATIEFEINDE? ZUR NORMALISIERUNG DES RECHTSEXTREMISMUS IN DEN KOMMUNALPARLAMENTEN UND WAS WIR DAGEGEN TUN KÖNNEN

Wo früher die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD, heute: Die Heimat) die rechts-extreme Szene in der Kommunal- und Landespolitik dominiert, gebündelt und repräsentiert hat, sind heute vielfältige rechtsextreme Akteur*innen auf der Bildfläche erschienen, etwa die Wählergruppen Heimatliebe (Kreis Nordwestmecklenburg) oder Heimat und Identität (Kreis Ludwigslust-Parchim). Weitere rechtsextreme Parteien wie Der III. Weg oder die Neue Stärke Partei (NSP) verfügen zwar bisher über keine Mandate, sind aber regional sehr aktiv.

Auffällig ist zugleich, dass rechtsextreme, völkische, verschwörungsideologische oder populistisch-autoritär beeinflusste Wählergruppen als solche nicht immer zu erkennen sind. Diese Strategie setzte bereits die NPD mit ihren Tarnlistenⁱ um. Solche Versuche der Verschleierung lassen sich dann häufig nur durch einen genauen Blick auf die Vergangenheit der Kandidat*innen durchschauen, etwa mithilfe von Medienberichten.

Für alle Kreistage und viele Stadt- und Gemeindevertretungen kann man daher im Jahr 2025 festhalten, dass rechtsextreme bzw. antidemokratische Akteur*innen kommunalpolitische Mandate errungen haben.ⁱⁱ

Bei der Europawahl 2024 wurde die Alternative für Deutschland (AfD) stärkste Kraft in Mecklenburg-Vorpommern und bei den gleichzeitig stattgefundenen Kommunalwahlen konnte sie landesweit die meisten Mandate erringen. Allein in den fünf Kreistagen und zwei kreisfreien Städten verfügt sie seitdem über insgesamt 135 Mandate. Im Gegensatz zur Heimat/NPD wird die AfD in Mecklenburg-Vorpommern vom Verfassungsschutz aber nicht als rechtsextrem eingestuft.

Andere Bundesländer wie Brandenburg, Thüringen oder Sachsen kommen hier zu einem anderen Ergebnis; auch das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die AfD inzwischen als gesichert rechtsextrem eingestuft.ⁱⁱⁱ Die AfD in Mecklenburg-Vorpommern hat es scheinbar geschafft, im Vergleich zu den anderen Landesverbänden als eher moderat zu gelten. Mit NS-relativierenden oder deutlich antidemokratischen Aussagen wie etwa denen des thüringischen AfD-Landesverbands, der von Björn Höcke geführt wird,^{iv} ist man in Mecklenburg-Vorpommern in der Vergangenheit vorsichtiger gewesen. Als zu auffällig geltende Akteur*innen wie Ralph Weber (bis 2021 Mitglied des Landtages für die AfD in M-V) oder deutlich in der rechtsextremen Szene verortete Personen wie Dennis Augustin wurden durch den Landesvorstand nicht weiter unterstützt. Anders als bei der Heimat/NPD sind sowohl das Wahlprogramm als auch die (Kommunikations-)Strategie der AfD darauf ausgerichtet, als bürgerliche Partei für unterschiedliche Wähler*innengruppen attraktiv zu sein – mit Erfolg.

Um die rechtsextreme Ausrichtung zu erkennen, muss man also genauer hinschauen: Ein Gesetzentwurf, der Migration mit Kriminalität in Verbindung bringt und die Einführung eines*r Remigrationsbeauftragten vorsieht,^v Hetze gegen die LGBTIQ+-Community,^{vi} Podcasts des

Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Nikolaus Kramer, mit klar rechtsextremen Akteur*innen von der Identitären Bewegung^{vii} und ein ethnisch geprägter Volksbegriff sind nur einige wenige Beispiele, die deutlich machen, dass man auch den Landesverband der AfD in Mecklenburg-Vorpommern als (in Teilen) rechtsextremistische und antidemokratische Partei einordnen kann.^{viii} Zudem ist der direkte Einfluss rechtsextremer Akteur*innen auf den Landesverband und die Fraktionen nachweislich vorhanden, etwa wenn Nikolaus Kramer mit Daniel Fiß einen Anhänger der Identitären Bewegung als Mitarbeiter beschäftigt.^{ix}

Mit diesen Entwicklungen gehen neue Herausforderungen einher, denen sich auch die demokratischen Akteur*innen in den Kommunalparlamenten stellen müssen. So ist es heute keine Selbstverständlichkeit mehr, dass eine Kooperation mit extremen Rechten konsequent vermieden wird, wie das etwa 2006 mit dem „Schweriner Weg“^x zum Umgang mit der NPD verabredet wurde. Die guten Umfragewerte und Wahlerfolge antidemokratischer Akteur*innen ebenso wie die geänderten Mehrheitsverhältnisse im Land ändern zunehmend die Legitimität rechtsextremer Positionen und die Bereitschaft von demokratischen Akteur*innen zur Zusammenarbeit mit Rechtsextremen – zumindest auf der kommunalen Ebene. Themen wie der Angriff Russlands auf die Ukraine, (Flucht-)Migration oder das Gendern bilden inzwischen inhaltliche Brücken zwischen demokratischen Parteien und der AfD. In Teilen der demokratisch gestimmten Reihen setzt sich zudem die Haltung durch, dass eine sogenannte Brandmauer nicht hilfreich sei und dass Kommunalpolitik nach anderen Regeln und Mechanismen spiele als Landes- oder Bundespolitik, weshalb eine prinzipielle Abgrenzung gegenüber der extremen Rechten diese sogar stärker mache. Vielmehr müsse man sie inhaltlich stellen, dann würden sie sich schon selbst entzaubern.

Das Problem dabei: Rechtsextremen Akteur*innen geht es in der Regel nicht um den Diskurs, sondern um Überwältigung. Es geht ihnen nicht um das demokratische Miteinander, sondern um den schleichenden Abbau der Demokratie. Rechtsextreme nutzen die kommunalpolitische Bühne strategisch für ihre antidemokratischen Inhalte und menschenverachtenden Positionen; Kompromisse oder eine lösungsorientierte Mitarbeit und Kooperation sind nicht ihr Anliegen oder höchstens Mittel zum Zweck. Stattdessen ist das Ziel, den demokratischen Handlungsspielraum für alle anderen Akteur*innen zu minimieren, die eigene politische Agenda rücksichtslos zu verfolgen und den Rechtsstaat in ein zunehmend autoritäres System umzubauen.

In unseren Gesprächen mit Mandatsträger*innen in Mecklenburg-Vorpommern wurde übereinstimmend von einer Reihe von Strategien und Verhaltensweisen rechtsextremer Akteur*innen berichtet. Diese Beobachtungen decken sich weitestgehend mit Erfahrungswerten aus der kommunalpolitischen Praxis in anderen Bundesländern:

- ▷ Rechtsextreme Akteur*innen treten selbstbewusster auf, sie sind seltener politisch isoliert als früher und stoßen zusehends sowohl mit ihren Positionen als auch mit ihren Anträgen auf Zustimmung.

- ▷ Die AfD ermöglicht es Akteur*innen aus der extremen Rechten über ihre Listen in die Kommunalparlamente einzuziehen. Teilweise treten diese dann zwar wieder aus den AfD-Fraktionen aus, ihre Mandate behalten sie dennoch und ihre Ideologie ändert sich dadurch nicht. In anderen Fällen werden AfD-Akteur*innen gezielt aufgestellt, obwohl sie wenig Interesse an Kommunalpolitik oder gar keinen Bezug zur Gemeinde haben.
- ▷ Fraktionen, Stimmgruppen und Mandatsträger*innen behandeln immer wieder solche Themen, die nicht in der Zuständigkeit der kommunalen Selbstverwaltung liegen, sich aber populistisch besonders ausschlagen lassen; die Befassung mit solchen Anträgen verlängert die Sitzungen, was die (ehrenamtliche) Kommunalpolitik zusätzlich belastet und Prozesse teilweise stark verzögert.
- ▷ Demokratische Akteur*innen werden als „Gegner*innen“ markiert und angegangen, beleidigt, ausgelacht, verächtlich gemacht und bloßgestellt. Das trifft insbesondere Menschen aus marginalisierten Gruppen und Frauen; auch Bürgermeister*innen werden gezielt angegriffen und gemobbt.
- ▷ Rechtsextreme Mandatsträger*innen nutzen gezielt Redezeiten, um die anderen müde zu machen oder gar darauf hinzuwirken, dass Menschen die Sitzungen vorzeitig verlassen, auch mit dem Ziel, Abstimmungen zu manipulieren. Gleichzeitig werden Regeln besonders dann eingehalten, wenn Sanktionen möglich sind und daher vermieden werden sollen.
- ▷ Vor allem die AfD zielt derzeit erfolgreich auf Machtpositionen in den Kommunalparlamenten (z. B. Präsidium oder Ausschussvorsitz), sodass in fast allen Kreistagen AfD-Vertreter*innen als stellvertretende Präsidiumsmitglieder gewählt wurden; das ist sowohl für die fachliche Arbeit als auch in der Außendarstellung wichtig, weil sich etwa durch die Wahrnehmung von Terminen die Sichtbarkeit der AfD im Landkreis erhöht und somit das Bild der Partei als seriöse und legitime demokratische Partei verfestigt.
- ▷ Teilweise stimmen demokratische Parteien ganz offen mit rechtsextremen Parteien und Mandatsträger*innen, um Mehrheiten zu generieren. Häufig wird dies damit begründet, dass Kommunalpolitik im Gegensatz zur Landes- und Bundespolitik pragmatisch und unideologisch agieren müsse.
- ▷ In einigen Fällen zeigen Unterstützer*innen rechtsextremistischer Parteien, Wählergemeinschaften oder einzelner Vertreter*innen zunehmend Präsenz bei Sitzungen von Kommunalparlamenten; dies wird häufig als subtile Form der Einschüchterung wahrgenommen.
- ▷ Demokratische Mandatsträger*innen berichten zudem von offenen verbalen und körperlichen Einschüchterungsversuchen durch Rechtsextreme in oder im Umfeld von Sitzungen.
- ▷ Personen aus dem Umfeld der rechtsterroristischen Gruppe Nordkreuz sind über die AfD in Kreistage und Stadtvertretungen gewählt worden.^{xi}

- ▷ In mehreren Stadt- und Gemeindevertretungen provozieren und verschärfen Mitglieder rechtsextremer Fraktionen oder Stimmgruppen Konflikte und werden ausfällig, es geht bis hin zu getätigten massiven menschenverachtenden Äußerungen. Eine Debattenkultur im demokratischen Sinne ist so kaum mehr möglich. Darüber hinaus wird in diesem Zusammenhang in einem Fall die unkritische Berichterstattung von Lokalmedien als hochgradig problematisch beschrieben.
- ▷ Rechtsextreme Mandatsträger*innen nutzen die Kommunalparlamente als Bühne für die außerparlamentarische Kommunikation auf den eigenen Social-Media-Kanälen oder sie missbrauchen die Livestreams der jeweiligen Parlamente zum Skandalisieren und zur Verbreitung von Fake News. Sie zielen auf Emotionen wie Angst, Wut und Hass: In einer Stadtvertretung wurden z. B. gezielt Ausschnitte aus Reden gepostet und in einen irreführenden Kontext gestellt.
- ▷ Insbesondere Mandatsträger*innen aus der AfD professionalisieren sich zunehmend (z. B. rhetorisch oder im medialen Auftritt) und profitieren finanziell, ideell oder personell von den Bundes- und Landesstrukturen.
- ▷ Rechtsextreme Parteien suchen gezielt die Zusammenarbeit mit kleineren, eigentlich demokratischen Wählergemeinschaften und Einzelkandidat*innen, um diese für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Darüber hinaus berichten unsere Interviewpartner*innen von individuellen Erfahrungen, die sich aufgrund der Unterschiedlichkeit der kommunalen Parlamente bei ihren Kolleg*innen in anderen Vertretungen so nicht abbilden. Dennoch reihen sich auch diese in das Gesamtbild rechtsextremer Strategien ein. Teilweise handelt es sich um Eskalationen der oben beschriebenen Strategien, wenn diese erfolgreich die kommunalparlamentarischen Prozesse beschädigt und die demokratischen Akteur*innen keinen Umgang damit gefunden haben. Es sind daher wichtige Beispiele dafür, wohin die Präsenz von rechtsextremen Mandatsträger*innen führen kann:

- ▷ In zwei Gemeindevertretungen wurden bei der Postenbesetzung in kommunalen Aufsichtsratsgremien solche Politiker*innen nicht berücksichtigt, die sich kritisch zur AfD geäußert oder sich gegen Rechtsextremismus in der Gemeinde engagiert haben. In einem anderen Fall wurde uns geschildert, wie ein Bürgermeister sogar durch die jeweilige kommunale Verwaltung behindert wird, weil hier scheinbar AfD-Sympathien bestehen.
- ▷ In einem Interview wird davon berichtet, mit welchen Methoden rechtsextreme Fraktionen, Stimmgruppen und Mandatsträger*innen arbeiten: mit Vorwürfen, Brüllen, Druck, das Gegeneinander-Ausspielen von Personen, das Anzetteln von sachfremden Diskussionen, dem Nichteinhalten von Verfahrenswegen, Beleidigungen, Zwischenrufen, der Missachtung von Rederecht, teilweise wird sogar die Geltung des Grundgesetzes abgelehnt u. v. m.

Durch diese Normalisierung von antidemokratischem Verhalten und rechtsextremen Positionen verschiebt sich das Verständnis des Sag- und Akzeptierbaren. Toxische Sprache und die Art des Miteinanders werden zunehmend als Belastung empfunden, demokratische Debatten-

kultur in der Kommunalvertretung schwindet. Da Politiker*innen immer noch Vorbilder und meist wichtige Akteur*innen im Gemeinwesen sind, besteht damit die Gefahr, dass das gesellschaftliche Miteinander im Gemeinwesen insgesamt leidet.

Umso wichtiger ist es, dass Mandatsträger*innen – auch aus ihrer Rolle als Vorbild heraus – derartige Probleme öffentlich wie parlamentsintern benennen oder sich darüber hinaus gegen Rechtsextremismus engagieren. Jedoch werden Kommunalpolitiker*innen, die genau dies tun, häufig selbst als Problem dargestellt oder als nicht demokratiefähig markiert. Zunehmend haben Menschen, auch demokratische Mandatsträger*innen, die besonders im Mittelpunkt stehen, Angst, ihre kritische Haltung gegenüber rechtsextremen Akteur*innen zu äußern; sie fürchten und erleben politische oder persönliche Konsequenzen, fehlende Solidarität, Anfeindungen oder Gewalt.

In Greifswald, Loitz oder Upahl konnte man beispielhaft sehen, wie das Thema der Flüchtlingsaufnahme aktiv durch rechtsextreme politische Akteur*innen in Stadt- und Kreisvertretung politisiert und dann zur Eskalation gebracht wurde: Bei Bürger*innendialogen kam es zu gewalttätigen Übergriffen, unter anderem auf den Oberbürgermeister der Stadt Greifswald.^{xii}

Verstärkt werden solche Erfahrungen der Bedrohung und Drucksituationen durch rechtsextremistische Übergriffe auf einzelne Mandatsträger*innen außerhalb des jeweiligen Parlaments bzw. der parlamentarischen Arbeit: Rechtsextreme Akteur*innen zünden Vereinsimmobilien an, bestellen Ware oder schließen Abos im Namen von Kommunalpolitiker*innen ab und schicken bedrohliche SMS. Es kommt zu Stalking, Haustüren und Briefkästen werden mit Buttersäure beworfen oder gesprengt.^{xiii} Dabei geht solche Gewalt nicht unmittelbar von rechtsextremen Mandatsträger*innen aus, steht jedoch nachweislich in Zusammenhang mit der kommunalpolitischen Arbeit und dem demokratischen Engagement der Betroffenen. In deren Wahrnehmung dient auch diese Gewalt dazu, die bedrohten Kommunalpolitiker*innen in erster Linie zur Aufgabe ihrer Mandate zu drängen. Das hat handfeste Folgen für das demokratische Engagement in Mecklenburg-Vorpommern: Frauen ziehen sich aus der Lokalpolitik zurück; queere, junge Menschen oder solche mit Migrationsgeschichte oder Behinderung werden gar nicht erst ermutigt, sich zu engagieren. In den Interviews und in Studien berichten Kommunalpolitiker*innen, dass sie durch solche Vorfälle krank geworden seien. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus kostet zudem viel Zeit und Kraft und bindet Ressourcen, die für die Sacharbeit dann nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die Rolle der demokratischen Parteien und Wählergemeinschaften ist dabei zwiespältig: Zum einen fehlt das Wissen zum Thema Rechtsextremismus, zum anderen die Handlungssicherheit und die Abstimmung im Umgang damit. Gerade in konservativen Parteien und einigen Wählergruppen zeigt sich zunehmend, dass die Gefahren, die von rechtsextremen Parteien ausgehen, nicht gesehen oder gar verharmlost werden.

Für Amts- und Mandatsträger*innen aller Ebenen, aber auch für die Zivilgesellschaft stellen sich daher dieselben Fragen: Wie reagieren wir auf diese Entwicklung? Was können wir tun, wenn verhetzende, demokratiefeindliche Aussagen zur Normalität werden und so an den Grundfesten des demokratischen Miteinanders gerüttelt wird?

WESHALB BETEILIGEN SICH RECHTSEXTREME ÜBERHAUPT AN DEMOKRATIE?

In öffentlichen Äußerungen und Publikationen aller Art haben seit den 1920er Jahren Rechtsextreme erklärt, warum und wie sie an politischer und gesellschaftlicher Macht dazugewinnen wollen. Es sind Strategien, die über ein Jahrhundert lang konsequent und gezielt angewandt sowie im Laufe der Zeit auch angepasst wurden.

Eine davon ist der sogenannte Kampf um die Parlamente: Über demokratische Prozesse soll der Weg in die Parlamente, darunter auch kommunale, geebnet werden. Hauptziel ist, alle Möglichkeiten der parlamentarischen Arbeit dafür zu nutzen, demokratische Prozesse zu unterlaufen und zu stören, um diese zu delegitimieren. Zudem verleiht die Präsenz im Parlament gesellschaftliches Ansehen, das durch inhaltliche Arbeit gesteigert werden soll. Dadurch wird die antidemokratische und menschenfeindliche Haltung verharmlost und damit einhergehende Absichten verschleiert. Letztlich sollen über die parlamentarische Arbeit demokratische Strukturen abgebaut bzw. in autoritäre Strukturen umgebaut werden.

Rechtsextreme Parteien und Mandatsträger*innen wollen nicht mit-, sondern umgestalten. Ihr Ziel ist die Zerstörung und die Abschaffung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der vielfältigen, freien Gesellschaft, die sie ermöglicht.

i Tarnlisten sind kommunale Wahllisten, die inhaltlich und personell die Agenda einer rechtsextremen Partei verfolgen, aber den tatsächlichen Bezug verschleiern (z. B. ist er nicht ersichtlich in der Bezeichnung der jeweiligen Wahlliste). Sie „tarnen“ also ihre Absichten und Hintergründe gegenüber denjenigen Wähler*innen, die die betreffende rechtsextreme Partei bzw. deren Inhalte und Personal nicht wählen wollten.

ii Eine Übersicht über die Kandidat*innen mit rechtsextremen bzw. antidemokratischen Hintergründen hat Katapult MV zur Verfügung gestellt: „Kommunalwahl 2024: Rechtsextreme und antidemokratische Kandidat:innen“, 07.06.2024 in KATAPULT MV, <https://katapult-mv.de/artikel/rechtsextreme-und-antidemokratische-kandidat-innen/>, abgerufen am 28.05.2025.

iii Vgl. „Neubewertung der AfD auf Bundesebene: Was folgt aus der Einstufung ‚gesichert rechtsextremistisch?‘“, 02.05.2025 in Legal Tribune Online, <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/afd-einstufung-rechtsextremistisch-bfv-verfassungsschutz>, abgerufen am 21.06.2025. Die AfD wehrt sich gerichtlich gegen diese Einstufung, sodass das Bundesamt für Verfassungsschutz derzeit aus prozessualen Gründen auf die Benennung als „gesichert rechtsextrem“ verzichtet.

iv Vgl. z. B. „Landgericht Halle: Höcke erneut wegen Nazi-Parolen verurteilt“, 01.07.2024 in tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/hoecke-urteil-geldstrafe-100.html>, abgerufen am 21.06.2025.

v Siehe Entwurf eines Gesetzes zur Integrationsförderung und Migrationsbegrenzung für Mecklenburg-Vorpommern (Integrationsförderungs- und Migrationsbegrenzungsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern – IntMigG M-V), 28.02.2024, Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 8 / 3466 (https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/60020/8_3466_gesetz_zur_integrationsfoerderung_und_migrationsbegrenzung_fuer_mecklenburg_vorpommern_integrationsfoerderungs_und_migrationsbegrenzungsgesetz_fuer_me#navpanes, abgerufen am 21.06.2025). Zum rechtsextremen Konzept der Remigration siehe Robert Lüdeke „Remigration: Rechtsextremes Framing für Deportations-Fantasien“, 18.01.2024, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/remigration-rechtsextremes-framing-fuer-deportations-fantasien-108077/>, abgerufen am 21.06.2025.

vi Vgl. Stefan Ludmann, „Schutz für Schwule und Lesben: Landtags-AfD sorgt für Eklat“, 26.09.2024 auf NDR.de, <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Schutz-fuer-Schwule-und-Lesben-Landtags-AfD-sorgt-fuer-Eklat,landtagqueer100.html>, abgerufen am 21.06.2025.

vii Vgl. „AfD-Fraktionschef Kramer sucht Nähe zu Rechtsextremisten“, 06.10.2023 auf NDR.de, <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/AfD-Fraktionschef-Kramer-sucht-Naehe-zu-Rechtsextremisten,afdmv126.html>, abgerufen am 21.06.2025.

viii Vgl. Louise Blöß und Erik Tove Zillmann, „Gutachten des Verfassungsschutzes: Wie MVs AfD-Mitglieder zur rechtsextremen Einstufung beitragen“, 20.05.2025 in KATAPULT MV, <https://katapult-mv.de/artikel/mvs-afd-mitglieder-rechtsextremen-einstufung/>, abgerufen am 21.06.2025.

ix Siehe Stefan Ludmann, „AfD-Fraktionschef beschäftigt Rechtsextremisten Fiß“, 05.12.2024 auf NDR.de, <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/AfD-Fraktionschef-beschaefigt-Rechtsextremisten-Fiss,danielfiss100.html>, abgerufen am 21.06.2025.

x Beim Schweriner Weg handelt es sich um einen 2006 formulierten und gemeinsam beschlossenen Umgang der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns mit der NPD, die ebenfalls Mandate im Landtag errungen hatte (s. die „Schweriner Erklärung“ in der Fassung von 2011, <https://www.spd-fraktion-mv.de/images/Flyer/GemeinsameErklaerung2011.pdf>, abgerufen am 14.07.2025).

xi Vgl. Andreas Speit, „AfD schickt Prepper in Kreistag: Staatsgefährder wird Abgeordneter“, 27.06.2024 in der taz, <https://taz.de/AfD-schickt-Prepper-in-Kreistag/!6016413/> sowie Patrick Hinz, „Kriminelle Politiker:innen: Ein Schlupfloch der Demokratie?“, 07.10.2024 in KATAPULT MV, <https://katapult-mv.de/artikel/ein-schlupfloch-der-demokratie/>, (jeweils abgerufen am 21.06.2025).

xii Vgl. u. a. Nicholas Potter, „Reportage: Endstation Meck-Pomm“, 07.08.2023, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/endstation-meck-pomm-103045/>, „Grevesmühlen: Protest gegen Flüchtlingsunterkunft: Demonstranten versuchen Kreistag zu stürmen“, 27.01.2023 im Stern, <https://www.stern.de/politik/grevesmuehlen--rechtsextreme-versuchen-kreistag-zu-stuermen-33141274.html>, „Tumult in Greifswald: Demonstrierende attackieren grünen Oberbürgermeister bei Protest gegen Asylunterkunft“, 28.02.2023 auf spiegel.de, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/greifswald-demonstrierende-attackieren-oberbuergermeister-bei-protest-gegen-fluechtlingsunterkunft-a-f27130b0-09e2-4e0c-9702-adbadbfeee43> (jeweils abgerufen am 22.06.2025).

xiii Ein prominentes Beispiel ist der Rücktritt von Silvio Witt; im Herbst 2024 legte er nach 10 Jahren sein Amt als Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg aufgrund zunehmender, massiver persönlicher Anfeindungen nieder (vgl. Gudrun Mallwitz, „Regenbogenfahne soll weg: Hasswelle – Darum tritt Neubrandenburgs Oberbürgermeister zurück“, 14.10.2024 in KOMMUNAL, <https://kommunal.de/ruecktritt-neubrandenburg-ober-buergermeister-rechtsruck>, abgerufen am 23.06.2025).



POSITION BEZIEHEN



POSITION BEZIEHEN

Rechtsextreme Parteien, Wählergemeinschaften und Einzelpersonen sind bereits erfolgreich dabei, ihre Strategien umzusetzen. Dies zeigt die Regelmäßigkeit, mit der sie bei Wahlen Mandate erringen; dies zeigt die steigende Zahl der gewonnenen Mandate; dies zeigt das gesellschaftliche Klima von Spaltung und Anfeindung außerhalb unserer Parlamente. Dies zeigt auch die Überforderung und Isolation, mit der demokratische Kommunalpolitiker*innen zu kämpfen haben, wenn sie rechtsextremen Akteur*innen und ihren Strategien ausgesetzt sind. Denn eine Folge ist, dass demokratische Mandatsträger*innen durch den bewusst herbeigeführten Stress, die Störung, Behinderung und auch Angst etwas Entscheidendes für die eigene Arbeit aus den Augen verlieren: klare Positionierungen und ein gemeinsames Eintreten für Menschenrechte, Rechtsstaat und Demokratie. Demokratische Haltung und vor allem ihre wirksame Sichtbarkeit gehören zu den ersten Dingen, die Rechtsextreme ins Visier nehmen. Schließlich sind sie unerlässlich für das daraus folgende politische Handeln und Sprechen.

In einem Dreischritt gilt es darum, zuerst einen klaren persönlichen Standpunkt zu finden, sich dann gemeinsam in der eigenen Fraktion oder Stimmgruppe zu positionieren, um im dritten Schritt mit allen demokratischen Vertreter*innen, Fraktionen und Stimmgruppen einen Konsens im Umgang mit rechtsextremen Vertreter*innen zu finden.

HÖCHSTPERSÖNLICH

Die Anwesenheit von Rechtsextremen in den Kommunalparlamenten ist für die Vertreter*innen der demokratischen Parteien und Wählergemeinschaften nicht nur eine inhaltlich-ideologische Herausforderung. Sie sind mit demokratischen Zielen, Ideen und politischen Aussagen angetreten und treffen auf Kommunalvertreter*innen, deren Programmatik die entgegengesetzte Richtung bis hin zur Abschaffung der parlamentarischen Demokratie einschlägt. Ganz grundlegend stellt sich zuallererst die Frage des persönlichen Umgangs mit der Situation.



WERDEN SIE SICH BEWUSST, WAS DIESE HERAUSFORDERUNGEN FÜR SIE PERSÖNLICH BEDEUTEN:

- ☐ **Was nehme ich** an Aktivitäten und öffentlichen Auftritten der rechtsextremen Mandatsträger*innen **vor Ort wahr?**
- ☐ **Welche bisherigen Erfahrungen** habe ich im Umgang mit rechtsextremen Vertreter*innen gemacht?

- ☐ **Welche Bedeutung** hat die Anwesenheit des*der jeweiligen demokratiefeindlichen Akteur*in **für meine eigenen Ziele** in der Kommunalpolitik?
- ☐ **Wie würde ich selbst** mit den rechtsextremen Vertreter*innen **umgehen** – und **was oder wen brauche ich** dafür?

Persönliche Stärken, Ideen, aber auch Befürchtungen sollten ausgesprochen und der Umgang damit in den Stimmgruppen oder Fraktionen thematisiert werden. Denn die Auseinandersetzung bindet nicht nur Kräfte, sondern braucht Mut, Argumente und ein überlegtes gemeinsames Vorgehen. Vor allem ist sie nie nutzlos: Beschäftigen Sie sich erst damit, wenn es schon ein akutes Problem durch rechtsextreme Angriffe aus dem Kommunalparlament heraus gibt, wird das persönliche und gemeinsame Reflektieren umso belastender und belasteter. Finden Sie sich also frühzeitig für solche grundsätzlichen Überlegungen zusammen, denn es ist kein einfacher Prozess, eine Haltung zu entwickeln.

IN IHRER FRAKTION ODER STIMMGRUPPE

Der Austausch über eigene positive bzw. negative Erfahrungen sowie über Positionierungen ist genauso notwendig wie die Entwicklung und Ausrichtung eines gemeinsamen Handelns. Neben allen wichtigen Aufgaben und Klärungsprozessen zu Sachthemen und politischen Fragen, sollte die Positionierung gegenüber den jeweiligen Vertreter*innen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit für Ihre Fraktion oder Ihre Stimmgruppe höchste Priorität haben. Klären Sie unmittelbar und gemeinsam, wie Sie den Umgang gestalten, und entwickeln Sie parallel zur Planung Ihrer kommunalpolitischen Inhalte eine fraktions- bzw. gruppeninterne Strategie:

FRAKTIONS- UND GRUPPENINTERNE STRATEGIEN

- ☐ **Setzen Sie um, wofür Sie angetreten sind.**
- ☐ **Besetzen Sie neue und wichtige Themen** rechtzeitig.
- ☐ **Halten Sie Kontakt zu Ihrer Basis** – Lassen Sie sich durch Ihre Wähler*innen, Einwohner*innen und Bürger*innen unterstützen.
- ☐ **„Wissen ist Macht“** – Informieren Sie sich zu Inhalten, Programmatik, Organisation und Aktivitäten der Rechtsextremen, um über notwendige Kenntnisse für eine Auseinandersetzung zu verfügen.
- ☐ **Erfahrung heißt, gelernt zu haben** – Nutzen Sie Erfahrungen Ihrer Partei oder aus Ihrem Netzwerk, z. B. aus dem Land- oder Kreistag.

- ☐ **Vorbereitet sein** – Bereiten Sie anstehende Sitzungen auch fraktions- bzw. gruppenintern gut vor und prüfen Sie insbesondere Antragstellungen der rechtsextremen Fraktion, Gruppe oder Vertreter*innen auf Sachbezüge und ideologische Inhalte.
- ☐ **Versiert sein** – Bereiten Sie anstehende Sitzungen auch unter formalen Gesichtspunkten gut vor und prüfen Sie insbesondere Anträge der rechtsextremen Fraktion, Gruppe oder Vertreter*innen auf formale Richtigkeit.
- ☐ **Klare Worte** – Beziehen Sie als Fraktion eine klare Position gegenüber rechtsextremen Vertreter*innen.
- ☐ **Klares Abstimmungsverhalten** – Stimmen Sie als Fraktion oder Gruppe konsequent gegen Anträge von rechtsextremen Mandatsträger*innen und enthalten Sie sich nur im Ausnahmefall.
- ☐ **Kooperation suchen** – Erarbeiten Sie Vorschläge für fraktions- oder gruppenübergreifende Vorgehensweisen und Mehrheiten.
- ☐ **Angebote nutzen** – Holen Sie sich Unterstützung durch Informations- und Beratungsangebote, z. B. der Regionalzentren für demokratische Kultur.

Überlassen Sie rechtsextremen Akteur*innen nicht die lokalpolitischen Themen. Eine wirkungsvolle, transparente und bürgernahe Kommunalpolitik ist der wichtigste Beitrag der demokratischen Akteur*innen, um antidemokratischen und menschenfeindlichen Aktivitäten zu begegnen. Kommunalpolitik bietet die Chance, Räume zu besetzen, Menschen anzusprechen und das Zusammenleben gemeinsam zu gestalten. Seien Sie schneller als die Rechtsextremen! Und seien Sie umfassender als es die Rechtsextremen überhaupt sein können: In deren Menschenbild gehören deutlich weniger Personengruppen als es in einer vielfältigen demokratischen Gesellschaft gibt. Sie sind mehr!

Eine aktive, gestaltende Politik für die Menschen vor Ort ist sicherlich das wirksamste Mittel dagegen, dass rechtsextreme Mandatsträger*innen ihre Strategien erfolgreich entfalten können. Dennoch bleiben Auseinandersetzungen mit ihnen nicht aus, gerade weil diese bewusst gesucht und provoziert werden. Viele Interviewpartner*innen haben beschrieben, in welchen umfassenden Konfliktsituationen sich manche Kommunalparlamente befinden. In solch eskalierten Konstellationen ist vor allem eines in der fraktions- und gruppeninternen Abstimmung zu beachten: Unterstützen Sie sich gegenseitig, bleiben Sie bei Ihren Abstimmungen und haben Sie keine Angst vor Unbequemlichkeit. Der Umgang mit Rechtsextremen ist nie einfach und angenehm.

Hierzu gehört in der parlamentarischen Arbeit vor allem der Vorwurf von Rechtsextremen, demokratisch gewählte Vertreter*innen würden bewusst blockiert, ins Abseits gestellt oder man gehe nicht in Dialog mit ihnen. Sich auf diese Weise als Opfer darzustellen, ist eine grundlegende, vor allem erfolgreiche rechtsextreme Strategie. Stimmen Sie das eine Mal doch dem Antrag von der rechtsextremen Seite zu, um dieser Diskussion zu entgehen, können Sie sicher davon ausgehen, dass sich das demokratiefeindliche Lager eben bei der nächsten Gelegenheit

als Opfer inszenieren wird. Wer daran gehindert wird, demokratische Prozesse auszubeuten und zu demontieren, ist kein Opfer. Lassen Sie sich daher nicht irritieren, bleiben Sie bei Ihrer gemeinsamen Strategie und benennen Sie klar die Gründe für Ihr politisches Handeln.

ZUSAMMENWIRKEN – FRAKTIONS- UND GRUPPENÜBERGREIFEND

Die gemeinsame Position aller Fraktionen oder Stimmgruppen ist das Herzstück des parlamentarischen Umgangs mit Rechtsextremen und sowohl für eine konstruktive Arbeit in der Kommunalvertretung als auch für die Wirkung gegenüber der Öffentlichkeit unabdingbar. Bei einer Vielzahl von vertretenen Parteien und Wählergruppen ist ein Konsens nicht immer leicht zu finden. Die Erfahrungen zeigen aber, dass eine fraktions- bzw. gruppenübergreifende Zusammenarbeit im Umgang mit Rechtsextremen die Arbeit in den Kommunalvertretungen erleichtert – und effizienter gestaltet:



- ☐ **Einigen Sie sich verbindlich** auf eine gemeinsame fraktionsübergreifende Vorgehensweise im Umgang mit den jeweiligen rechtsextremen Vertreter*innen.
- ☐ Stellen Sie Ihre **gemeinsame Haltung** und die daraus resultierende gemeinsame Umgangsstrategie dar, z. B. durch eine **öffentlichkeitswirksame Erklärung**.
- ☐ **Seien Sie deutlich** – Nennen Sie in Ihren Erklärungen, aber auch in Sitzungen oder in Absprachen untereinander ausdrücklich Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit beim Namen.
- ☐ **Stimmen Sie Redebeiträge** zu Anträgen und Anfragen der rechtsextremen Vertreter*innen **untereinander ab**.
- ☐ **Bleiben Sie in regelmäßigem**, fraktions- bzw. gruppenübergreifendem **Austausch** zur Sachlage.

Haben Sie die Möglichkeit, auch atmosphärisch die Distanz zu Rechtsextremen sichtbar zu machen? In der räumlichen Enge vieler Sitzungsorte ist dies oft nicht möglich. Eine Änderung der Sitzordnung kann hier schon entlastend wirken. Suchen Sie, wo möglich, gemeinsam mit anderen Vertreter*innen und der örtlichen Verwaltung nach Lösungen.

Kommunalpolitik ist keine Bundespolitik. In der Gemeinde- oder Stadtvertretung gibt es keine Regierung, gegen die die übrigen Parteien, Stimmgruppen oder Vertreter*innen eine Opposition bilden. Stattdessen müssen Mehrheiten und Konsens für jedes Vorhaben neu gesucht werden. Kommunalpolitik ist in jedem Fall Politik. Suchen Sie daher nicht nur die Kooperation mit anderen Fraktionen oder Stimmgruppen, wenn es um Grundlegendes wie den unmittelbaren Umgang mit rechtsextremen Mandatsträger*innen geht. Suchen Sie ihn auch und vor allem

dafür, gemeinsam Politik zu machen, gemeinsam die Gemeinde, die Stadt oder den Kreis zu gestalten. Sichern Sie und Ihre Fraktion oder Stimmgruppe sich Stimmen für Ihre Vorhaben, stellen Sie sich als Kooperationspartner*in zur Verfügung, verhandeln Sie Kompromisse – und tun Sie dies vorausschauend und strategisch. Beides, eine starke Streitkultur und die verlässliche Kooperation mit dem politischen Gegner sind das Fundament demokratischen Arbeitens in jedem Parlament und verhindert rechtsextreme Angriffe auf genau dieses Arbeiten.

IST ES ANTIDEMOKRATISCH, WENN MAN GRUNDSÄTZLICH NICHT MIT DEMOKRATISCH GEWÄHLTEN PARTEIEN, WÄHLERGEMEINSCHAFTEN ODER MANDATSTRÄGER*INNEN ZUSAMMENARBEITET?



Nein, es ist nicht antidemokratisch. Wer die freiheitlich-demokratische Grundordnung, damit sowohl den demokratisch verfassten Staat als auch die Vielfalt der Menschen, die darin leben, ablehnt, kann keinen Anspruch darauf erheben, eingeschlossen zu werden.

Wer in einer Demokratie ein Mandat erringt, hat damit nicht das Recht darauf errungen, seine*ihre jeweilige politische Agenda umzusetzen. Vielmehr müssen für die eigenen Vorhaben und Ideen Kooperationen gesucht, Mandatskolleg*innen überzeugt und Mehrheiten gefunden werden. Es ist weder ungewöhnlich noch antidemokratisch, wenn dies nicht gelingt. Kooperieren die demokratischen Vertreter*innen nicht mit Rechtsextremen, können diese ihre demokratiefeindlichen Ziele nicht umsetzen. Auf diese Weise werden demokratische Prinzipien und Werte geschützt und sogar gelebt. Dazu sind demokratische Vertreter*innen sogar verpflichtet.

RAHMEN SETZEN

RAHMEN SETZEN – DIE SITZUNGSLEITUNG

Rechtsextreme nutzen die Kommunalvertretungen zur Verbreitung ihrer Ideologie, als Bühne für Machtdemonstrationen, als Plattform für Desinformation und Provokationen. Dies muss mit demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln verhindert werden. Obwohl Rechtsextremist*innen den demokratischen Rechtsstaat ablehnen, muss die Auseinandersetzung mit ihnen mithilfe rechtsstaatlicher und demokratischer Mittel erfolgen. Die Grundrechte gelten ausnahmslos – auch für ihre Feinde.

Kreistagspräsident*innen, Stadtvertretervorsteher*innen und Vorsitzende der Gemeindevertretungen brauchen unter diesen Bedingungen gute Leitungs- und Durchsetzungsfähigkeiten bei der Sitzungsvorbereitung und -durchführung. Gleiches gilt auch für die Vorsitzenden von Ausschüssen.



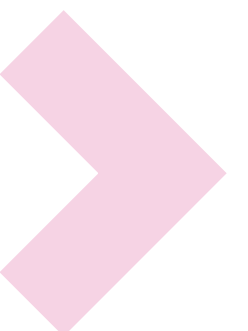
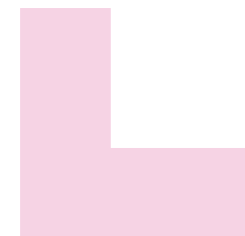
- ☐ **Bereiten Sie sich und die Sitzungen gut vor** und haben Sie die genannten Situationen im Blick.
- ☐ Achten Sie von Anfang an strikt auf die **formal korrekte Einhaltung von Vorgaben und Abläufen**, wie sie in der Hauptsatzung und Geschäftsordnung geregelt sind (Fristen, Tagesordnung, Protokolle, Wahlen etc.) – Rechtsextreme Vertreter*innen nutzen Fehler in diesem Bereich offensiv für Störungen.
- ☐ **Nutzen Sie konsequent die Sanktionsmöglichkeiten** der Geschäftsordnung (Redezeit, Ordnungsrufe, Ausschlüsse), um Provokationen oder antidemokratische, menschenverachtende Äußerungen von Rechtsextremen zu unterbinden.
- ☐ **Lassen Sie sich selbst nicht provozieren**, sondern lassen Sie solche Versuche ins Leere laufen.
- ☐ **Informieren Sie sich über verfassungsfeindliche Symbole** – verfassungsfeindliche T-Shirt-Aufdrucke, Anstecknadeln u. v. m. müssen konsequent sanktioniert und aus der Sitzung entfernt werden.
- ☐ **Informieren Sie sich über sonstige rechtsextreme Symbole**, Kleiderstile etc., denn obwohl diese nicht strafbar sind, provozieren sie und können einschüchtern – Initiiieren Sie Änderungen der Geschäftsordnung, um solche Raumnahmen zu unterbinden.
- ☐ **Achten Sie auf vulnerable Menschen unter den Mandatsträger*innen**, die häufig von Diskriminierung betroffen sind. Dazu gehören Menschen mit Migrationsgeschichte, Frauen, Menschen mit Behinderung und weitere. Wenn Ihnen diskriminierende Beleidigungen, Witze, verächtliches Verhalten usw. auffallen, unterbinden Sie dies umgehend, um die vulnerablen Personen zu schützen.

- ☐ Halten Sie sich an die **Regelungen der Kommunalverfassung** Mecklenburg-Vorpommerns, die Hauptsatzungen und Geschäftsordnungen Ihrer Kommunalvertretungen und nutzen Sie deren Möglichkeiten.

Unsere Erfahrungen zeigen, dass zum öffentlichen Teil der Sitzungen verstärkt Partei- und Familienmitglieder oder Unterstützer*innen der jeweiligen rechtsextremen Partei, Wählergemeinschaft oder Person erscheinen. So finden sich beispielsweise Führungskader rechtsextremer Parteien ein, die beobachten und beraten, völkische Siedler*innen, die allein durch ihre auffällige Präsenz einschüchtern, oder sonstige rechtsextreme Anhänger*innen, die den Tagesordnungspunkt „Fragestunde für Einwohner*innen“ für provokante Anfragen nutzen wollen.



- ☐ **Achten Sie auf eine ausreichende räumliche Trennung** von Kommunalvertreter*innen und Besucher*innen.
- ☐ **Bereiten Sie sich** beim Tagesordnungspunkt „Fragestunde für Einwohner*innen“ **auf provokante Fragen rechtsextremer Besucher*innen vor.**
- ☐ **Frageberechtigt** sind nur Einwohner*innen der Gemeinde sowie Besitzer*innen/Nutzer*innen von Grundstücken und Gewerbetreibende in der Gemeinde, die andernorts wohnhaft sind (§§ 13; 14 KV M-V).
Bitten Sie daher um eine Vorstellung der Person (Name, Wohnort), die Darstellung der Anfrage und weisen Sie auf die Redezeit hin.
- ☐ Häufig enthalten Hauptsatzungen einen **Passus, der Fragen und Anregungen** von Besucher*innen zu Themen **der nachfolgenden Tagesordnung nicht zulässt.** Achten Sie auf die Einhaltung.
- ☐ Sorgen Sie dafür, dass Besucher*innen ihre **Anfragen sachlich und angemessen** vortragen.
- ☐ **Beifalls- und Missbilligungsbekundungen** durch Besucher*innen **sind nicht zugelassen.**
- ☐ **Nutzen Sie** in gegebenen Fällen auch **die Sanktionsmöglichkeiten des Hausrechtes und der Geschäftsordnung** zu Ordnungsmaßnahmen gegen Zuhörer*innen/Besucher*innen.
- ☐ **Prüfen Sie** im Einzelfall, ob **strafrechtlich relevante Verstöße** vorliegen und erstatten Sie, wenn nötig, Anzeige.
- ☐ **Informieren Sie notfalls die Polizei oder den Staatsschutz!** Entsprechende Telefonnummern sollten zur Verfügung stehen.



MÖGLICHKEITEN NUTZEN

MÖGLICHKEITEN NUTZEN

Für den Umgang mit rechtsextremen Akteur*innen gibt es kein Patentrezept, aber unterschiedliche Handlungsansätze und -möglichkeiten. Die Heimat, Der III. Weg und die Neue Stärke Partei (NSP) sind antidemokratische Parteien,ⁱ die Alternative für Deutschland (AfD) ist in Teilen rechtsextrem.ⁱⁱ Hinzu kommen Wählergemeinschaften und Einzelpersonen, die mal mehr, mal weniger vernetzt agieren, und sich auch deswegen nicht immer auf den ersten Blick als rechtsextremistisch einordnen lassen. Ein gemeinsames, abgestimmtes Vorgehen aller Demokrat*innen ist vor diesem Hintergrund zwingend notwendig und legitim, denn es gibt einen klaren Unterschied zwischen „demokratisch“ und „demokratisch gewählt“. Der Weg, den man als Antwort darauf einschlägt, sollte immer durchdacht und klar begründet werden. Ihre Adressat*innen sind zwar unmittelbar die rechtsextremen Vertreter*innen, erreicht werden sollen aber letztlich die Einwohner*innen, Bürger*innen und Wähler*innen. Erst in der gegenseitigen Unterstützung und strategischen Abstimmung kann man wirksam werden gegen die gezielten Versuche von rechtsextremen Mandatsträger*innen, demokratische Kultur, Prozesse und Institutionen zu delegitimieren und zu beschädigen. Suchen Sie daher innerhalb und außerhalb des jeweiligen Kommunalparlaments (z. B. mit Verwaltung, Sicherheitsbehörden, engagierten Bürger*innen, Vereinen, Presse) aktiv Austausch und Allianzen.

JA ZUR AUSEINANDERSETZUNG

Die Präsenz von Rechtsextremen in Kommunalvertretungen ist kein Normalzustand. Ein klares Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten ist die Grundlage der Arbeit in diesen Gremien. Der Respekt gegenüber Wähler*innen und den demokratischen Grundregeln gebietet aber eine begründete Auseinandersetzung mit Protagonist*innen und Zielen der antidemokratischen Gruppierungen. Ignoranz und Distanz können zwar eine Haltung deutlich machen, um Wähler*innen zurückzugewinnen, braucht es aber mehr. Wichtig sind Ihre Positionen und Aktivitäten für Bürger*innen!



- ☐ **Prüfen Sie rechtsextreme Diskussionsbeiträge und Anträge** auf Sachbezug, Ideologie, Zuständigkeit und formale Richtigkeit.
- ☐ **Lehnen Sie Anträge** mit rechtsextremer Ideologie und antidemokratischen Inhalten **generell ab** und begründen Sie Ihre Entscheidung.
- ☐ **Reagieren Sie sachlich** auf alle Redebeiträge der rechtsextremen Mandatsträger*innen. Tragen Sie Ihre Kritik in der Sache klar, aber in Ton und Form angemessen vor, dies ist überzeugender als jede Polemik.
- ☐ **Gehen Sie nicht auf Provokationen ein.** Lassen Sie solche Versuche ins Leere laufen.

JA!

- ☐ **Konfrontieren Sie umgehend, gezielt und sachlich** bei klar menschen- und demokratiefeindlichen Äußerungen (z. B. „Habe ich richtig verstanden, dass Sie...?“).
- ☐ **Prüfen Sie strafrechtlich relevante Aussagen** und erstatten Sie gegebenenfalls Anzeige.

Seien Sie sich darüber im Klaren, dass es die Auseinandersetzung mit antidemokratischen Positionen und Verhaltensweisen in zwei Richtungen braucht: Auf der einen Seite müssen Sie sich, bestenfalls gemeinsam mit so vielen Partner*innen wie möglich in und außerhalb Ihrer Gemeinde- bzw. Stadtvertretung oder im Kreistag mit den eigentlichen Rechtsextremen und ihren vielfältigen und anstrengenden Versuchen, kommunale Demokratie zu zerstören, auseinandersetzen.

Auf der anderen Seite müssen Sie ebenfalls mit vereinten Kräften, aus Ihrer parlamentarischen Arbeit und darüber hinaus, einen Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungen und Äußerungen finden, die zusehends von Teilen der gesellschaftlichen Mitte akzeptiert und übernommen werden.

Beides ist niemals einfach, kostet Kraft und verlangt menschlich vieles von Ihnen ab. Doch insbesondere der zweite Weg hält große Chancen bereit, die Erfahrung demokratischen Streits für alle Beteiligten positiv zu gestalten, zu einer gemeinsamen, wertegebundenen Gesprächsgrundlage zurückzukehren und gesellschaftliche Spaltung zu entschärfen. In öffentlichen Debatten, Gesprächen oder auch im Austausch über Social Media leben Sie den demokratischen Streit und den respektvollen Umgang vor, den Rechtsextreme nicht pflegen!



- ☐ **Halten Sie sich konsequent** und für alle Beteiligten **an das Gebot der Meinungsfreiheit.**
- ☐ **Bejahen Sie Unterschiedlichkeit** (z. B. von Erfahrungen, Interessengruppen oder Hintergründen).
- ☐ **Seien Sie immer zu einem Dialog bereit**, in dem Sie Ihrem Gegenüber Respekt zeigen, Interesse entgegenbringen und ihn ernst nehmen.
- ☐ **Verzichten Sie auf jede Form von Gewalt** (z. B. Herabsetzung, Verhöhnung, Schreien oder persönliche Angriffe).
- ☐ **Differenzieren Sie** zwischen Person und Verhalten.

NEIN ZUR EINFLUSSNAHME

Vertreter*innen einer menschenverachtenden Ideologie, welche die Kommunalvertretungen nur als ein Instrument für die Durchsetzung ihrer demokratiefeindlichen Ziele nutzen, sollte mit demokratischen Mitteln so wenig Spielraum und damit so wenig Einflussnahme wie möglich gewährt werden.



- ☐ **Nutzen Sie Hauptsatzung und Geschäftsordnung so, dass Rechtsextreme keine bzw. nur wenige Sitze in Ausschüssen besetzen.** Achten Sie aber darauf, dass keine demokratischen Grundrechte beschnitten und kleinere demokratische Fraktionen nicht benachteiligt werden.
- ☐ Vergeben Sie den Vorsitz von **Ausschüssen nie an Vertreter*innen** Ihnen bekannter **rechtsextremer Fraktionen, Stimmgruppen** ebenso wenig wie an **einzelne demokratiefeindliche Mandatsträger*innen.**
- ☐ **Lassen Sie sich nicht unter Druck setzen**, auch wenn Vorlagen auf den ersten Blick ideologiefrei und sachlich wirken. Beantragen Sie ggf. eine **Sitzungsunterbrechung.**
- ☐ **Lehnen Sie Anträge** von rechtsextremen Fraktionen, Stimmgruppen und Mandatsträger*innen **bewusst ab** oder verweisen Sie diese in die Ausschüsse.
- ☐ **Abgewiesene Anträge** können nach einer Prüfung sachbezogen und inhaltlich modifiziert **durch die demokratischen Fraktionen bzw. Stimmgruppen neu eingebracht** werden.
- ☐ **Beziehen Sie gemeinsam Stellung** zu Anträgen oder Anfragen rechtsextremer Vertreter*innen.

AUF ABSTAND

Ob eine inhaltliche Auseinandersetzung immer sinnvoll ist, muss in Einzelfällen geprüft werden. Neben einer solchen ist aber die Distanzierung ein deutliches Mittel der Positionierung. Es macht keinen Sinn, sich über das notwendige Maß hinaus mit Rechtsextremen zu befassen: Rechtsextreme Mandatsträger*innen und deren Parteien oder Wählergemeinschaften sind keine Partner*innen in einer demokratischen Kommunalpolitik!

- ☐ **Unterlassen Sie „kumpelhaftes“ Verhalten.** Es ist nicht angemessen und erzeugt bei anderen Kommunalvertreter*innen und Besucher*innen nicht nur ein fragwürdiges Bild, sondern kann in besonders aufgeheizten Situationen einschüchternd und demotivierend auf demokratische Kräfte und Betroffene rechter Gewalt wirken.
- ☐ Haltungen, die sich als **Duldung oder Zustimmung zu rechtsextremen Positionen** interpretieren lassen, **werden von der Öffentlichkeit zu Recht kritisch wahrgenommen.**
- ☐ Nutzen Sie situationsabhängig **Mittel der „Symbolpolitik“**
– z. B. Abwenden, Gehen, Stehen lassen, Nicht grüßen.
- ☐ **Duzen Sie** rechtsextreme Mandatsträger*innen nicht und **lassen Sie sich nicht duzen.**
- ☐ **Vermeiden Sie** es, sich in **soziale „Spielchen“** verwickeln zu lassen (z. B. verzichten Sie auf Dank bei vermeintlich freundlichen Hinweisen oder ungefragten Gefälligkeiten).
- ☐ Konzentrieren Sie sich auf eine **themenbezogene, kommunalpolitische Sacharbeit.**

ÜBERDENKEN UND ENTWICKELN

Um auf das taktische Verhalten demokratiefeindlicher Mandatsträger*innen reagieren zu können, ist es wichtig, das eigene Handeln regelmäßig zu überprüfen. Ein gemeinsam geplantes Vorgehen aller demokratischen Akteur*innen in der Gemeinde- bzw. Stadtvertretung oder im Kreistag sollte die lokalen bzw. regionalen Gegebenheiten, die eigenen Ressourcen und Kompetenzen sowie die organisatorische, personelle und politische Verfasstheit der rechtsextremen Parteien und Mandatsträger*innen berücksichtigen. Nicht jedes Vorgehen ist überall angemessen oder dauerhaft sinnvoll.



- ☐ **Beobachten, dokumentieren und bewerten Sie** das Auftreten und Agieren der jeweiligen antidemokratischen Parteien, Wählergemeinschaften, Fraktionen, Stimmgruppen und Vertreter*innen innerhalb und außerhalb des Kommunalparlamentes.
- ☐ **Werten Sie** Ihr **eigenes Vorgehen** aus.
- ☐ **Passen Sie Ihr Handeln** den **lokalen Gegebenheiten** sowie **Veränderungen und Entwicklungen an**: persönlich, innerhalb Ihrer Partei, Ihrer Wählergemeinschaft, Ihrer Fraktion oder Stimmgruppe sowie fraktions- bzw. gruppenübergreifend.
- ☐ **Nutzen Sie bestehende Beratungsangebote** zur Unterstützung und halten Sie sich in Bezug auf Menschen- und Demokratiefeindlichkeit auf dem Laufenden.

MEDIEN: CHANCEN UND RISIKEN

Der Umgang mit rechtsextremen Vertreter*innen hat immer eine öffentliche Wirkung und wird aufmerksam wahrgenommen. Die Arbeit der gewählten Vertreter*innen wird zum einen durch Besucher*innen unmittelbar erlebt, bewertet und weitergegeben. Zum anderen werden Inhalte wie z. B. aktuelle Themen, lokale Ereignisse oder Beschlüsse in der medialen Wiedergabe reduziert und sogar mit Reizthemen in Verbindung gebracht, womit sie kommunale Diskussionen stark beeinflussen.



- ☐ **Zeigen Sie Geschlossenheit und Entschlossenheit** in der Ablehnung gegenüber rechtsextremen Akteur*innen. **Begründen Sie Ihre Haltung** gegenüber der Öffentlichkeit.
- ☐ Nutzen Sie **gemeinsame Presseerklärungen** und **Gespräche mit Journalist*innen**, um Ihre Positionen deutlich und nachvollziehbar darzustellen.
- ☐ **Beziehen Sie** auch **im Internet**, d. h. auf Ihrer Homepage und Ihren Social-Media-Kanälen **Position** zu aktuellen Themen.
- ☐ **Binden Sie die lokalen Medien und Amtsblätter offensiv ein** und bitten Sie um den Abdruck gemeinsamer Erklärungen.
- ☐ Identifizieren Sie Inhalte und Zielsetzungen der Rechtsextremen in einer **für die Öffentlichkeit verständlichen Form.**
- ☐ **Schärfen Sie Ihr eigenes kommunalpolitisches Profil** und informieren Sie die Einwohner*innen und Bürger*innen darüber.
- ☐ **Resümieren Sie in Abständen gemeinsam die Arbeit der Rechtsextremen** im Kommunalparlament und **machen Sie die Sachverhalte öffentlich** – rechtsextreme Akteur*innen tun dies ständig.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen jedoch, dass Medien nicht nur Möglichkeiten bieten, sondern für viele vor allem ehrenamtlich arbeitende Kommunalpolitiker*innen zum Problem werden können. Seit vielen Jahren nutzen und bespielen rechtsextreme Akteur*innen umfangreich die Sozialen Medien, sind darin schnell und routiniert und profitieren durch die Inhalte und die Art ihrer Themensetzung von den Algorithmen der Tech-Konzerne. Außerdem gehen Tabubrüche, auch die strafbaren, in der Schnelligkeit und Unübersichtlichkeit dieser Plattformen rasch unter. So werden sie wahrgenommen und wirken. Zugleich werden diese kaum sozial sanktioniert oder strafrechtlich geahndet, denn eine eigentliche Debatte ist nicht ihr Ziel. Stattdessen geht es um Desinformation, rechtsextreme Propaganda und das Entfachen von Hass und Hetze.

Rechtsextreme Mandatsträger*innen schöpfen gerade aus solchen Mechanismen, um die Versuche einzelner Kommunalparlamente für mehr Transparenz und Teilhabe (v. a. die Live-Übertragung von Sitzungen im Internet) unmittelbar für die eigenen Zwecke zu nutzen. Hier wird der Redebeitrag im Kreistag zum regelrechten Auftritt vor seriöser Kulisse, etwa um Falschbehauptungen zu verbreiten und mit ihnen zu skandalisieren oder Tabubrüche zu wagen. Der eventuelle Ordnungsruf wird in Kauf genommen, denn gedacht ist das Gebaren für eine ganz andere Öffentlichkeit, die schon längst erreicht ist, auch wenn sich die kommunale Vertretung durchaus sortiert hat.



- ☐ Das Internet ist nur bedingt ein Raum für Diskussionen und Debatten, **halten Sie sich deshalb im digitalen Raum zurück** – Äußern Sie sich nur auf Ihrer eigenen Homepage bzw. Ihren eigenen Social-Media-Kanälen; beschränken oder deaktivieren Sie die Kommentarfunktionen so gut es geht und vermeiden Sie es, auf Homepages und Kanälen anderer aktiv zu werden.
- ☐ **Fakten sind keine Meinungen** und bedürfen nicht der Diskussion – Reagieren Sie bei Falschbehauptungen auf Ihrer Homepage und Ihren Kanälen mit einfachen **sachlichen Richtigstellungen** und leiten Sie diese an Multiplikator*innen wie Presse oder Parteikolleg*innen weiter.
- ☐ **Tabubrüche und Strafbares** werden **im digitalen Raum** zu selten geahndet – Bringen Sie Angriffe gegen Ihre Person, verfassungsfeindliche und volksverhetzende Inhalte usw. **konsequent zur Anzeige**.
- ☐ Die meisten Rechtsextremen sind keine Medienprofis und nicht charismatischer als andere Menschen – Auch ohne professionelle Unterstützung ist die **Verwendung und das Bespielen von Sozialen Medien** gut zu schaffen. **Trauen Sie sich** also und nutzen Sie diese selbst.
- ☐ **Livestreams von Sitzungen** tragen nur dann zu demokratischer Teilhabe bei, wenn sie nicht dafür genutzt werden können, die demokratische Öffentlichkeit in die Irre zu führen und zu spalten – Wägen Sie als gesamte Vertretung die Situation ab und entscheiden Sie sich ggf. gegen einen Livestream oder regulieren Sie diesen für alle.

- ☐ Manche kommunalen Parlamente stellen statt Live-Übertragungen im Nachhinein vollständige Sitzungsaufnahmen im Internet zur Verfügung – **Regulieren Sie** als gesamte Vertretung den Umgang und auch **die Weiterverwendung des Bildmaterials** (z. B. legen Sie fest, dass Regelwidrigkeiten herausgeschnitten werden, oder lassen Sie jede Weiterverwendung durch den Vorsitz freigeben)ⁱⁱⁱ.

IGNORIERT MAN NICHT DEN WILLEN DER WÄHLER*INNEN, WENN MAN RECHTSEXTREME MANDATSTRÄGER*INNEN „RECHTS SITZEN LÄSST“?



Sinn und Zweck eines Parlaments ist nicht, dass sich ein bestimmter Wille von gewählten Vertreter*innen oder von Wähler*innen durchsetzt. Ein Parlament, auch das Kommunalparlament, bildet den Rahmen für den demokratischen Wettstreit von politischen Ideen und Vorhaben. In der Auseinandersetzung und den Entscheidungen, die daraus folgen, drückt sich erst der politische Wille aus.

Selbstverständlich sind mit der Stimmabgabe an Parteien, Wählergruppen oder Einzelpersonen bestimmte Einstellungen, Erwartungshaltungen oder auch Wünsche der Wählenden geknüpft. Das jeweilige Mandat ermöglicht, dass diese individuellen Stimmen ins Parlament und dadurch in die demokratische Auseinandersetzung eingebracht werden. Dass nicht alle „ihren“ Willen bekommen, ist nicht bloß eine Folge demokratischer Prozesse, sondern macht Demokratie aus: Denn der Wille der Wähler*innen ist grundsätzlich präsent im Parlament und wird durch die demokratische Entscheidungsfindung Teil des gemeinschaftlichen Willens.

i Vgl. u. a. Verfassungsschutzbericht 2023, hrsg. v. Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2024, S. 42 – 49.

ii Vgl. Einleitung, S. 3 und Kapitel 1 „Das Kommunalparlament – Eine Brandmauer gegen Demokratiefeinde?“, S. 9.

iii Beispiel hierfür ist die Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (§4 „Medien“ Abs. 4).

DEMOKRATIE LEBT DURCH IHR ENGAGEMENT!



DEMOKRATIE LEBT DURCH IHR ENGAGEMENT!

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremen ist seit der Erstauflage dieser Handreichung eine große Herausforderung für die Kommunalpolitik in Mecklenburg-Vorpommern geblieben. Erschwert wurde und wird sie durch das deutschlandweite Erstarken der Alternative für Deutschland (AfD). Diese Entwicklung hat Auswirkungen auf alle rechtsextremen Akteur*innen: Sie suchen den Weg ins Kommunalparlament, wo sie immer öfter miteinander kooperieren. Sie schauen Strategien der professionellen Provokation und Polarisierung voneinander ab. Sie bringen durch ihre Verbindungen zu gewaltbereiten rechtsextremen Kreisen Bedrohungen in Leben und Arbeit der demokratischen Amts- und Mandatsträger*innen. Dass sie damit Erfolg haben, zeigen solche kommunalen Parlamente in Mecklenburg-Vorpommern, in denen die demokratischen Vertreter*innen die Zusammenarbeit mit ihnen suchen, sich ihre menschen- und demokratiefeindlichen Inhalte zu eigen machen oder sich in einen derart aggressiven Umgang treiben lassen, der demokratische Debatte und kommunalpolitische Arbeit unmöglich macht.

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremen wird auch in den nächsten Jahren eine große Herausforderung für die Kommunalparlamente und ihre demokratischen Vertreter*innen bleiben. Sie wird Kraft und Mut fordern. Entscheidend in dieser Auseinandersetzung bleibt umso mehr die eigene sachbezogene, transparente und bürgernahe Kommunalpolitik, die sich durchaus kontrovers in der Sache darstellt, aber an demokratischen, menschenrechtlichen Prinzipien orientiert.

Welche Wege Sie gemeinsam verfolgen und wie Sie gemeinsam handeln, sollte lokal und der Situation angemessen überlegt werden. Suchen Sie dafür auch den geschützten Austausch unter Kolleg*innen – um sich gegenseitig zu stärken und sich praktisch zu unterstützen.

Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Vorgehen sind gute Kommunikation und überparteiliche bzw. über die eigene Wählergruppe hinaus abgestimmte Zusammenarbeit. Zeigen Sie Geschlossenheit für Demokratie und Menschenrechte, nicht nur durch Statements, sondern in Ihrem gesamten politischen Handeln.

Auch außerhalb der Kommunalvertretung haben Sie dafür als gewählte Vertreter*innen Möglichkeiten und Unterstützer*innen. Landesweit finden sich Demokratiebündnisse, Initiativen und Engagierte in der Zivilgesellschaft, die sich für ein demokratisches Zusammenleben vor Ort einsetzen. Unterstützen Sie lokale oder überregionale Bündnisse in ihrem Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Beobachten Sie aufmerksam, ob in Ihrer Kommune Bürger*innen durch Rechtsextreme bedroht werden und bieten Sie den Betroffenen in diesen Fällen Hilfe und Unterstützung an. Überlassen Sie im Verbund mit anderen das Klima in den Kommunen nicht dem Einfluss von Rechtsextremen.

Der erste und beste Weg, wie Bürger*innen Demokratie und ihre Werte als wirksam und positiv erfahren, ist eine gute und lebendige kommunale Politik. Setzen Sie sich daher dafür ein, dass möglichst verschiedene Interessengruppen durch Vertretung in kommunalpolitischen Gremien daran teilhaben können. Aktivieren Sie die Menschen durch gezielte Ansprache, Bildungsarbeit und andere Dialogformate dazu, sich als Bürger*innen an kommunalpolitischen Prozessen zu beteiligen. Kommunalpolitik ist Ihre Chance, Räume zu besetzen, Menschen anzusprechen und das Zusammenleben gemeinsam zu gestalten.

STIMMEN AUS DER PRAXIS UND WEITER- FÜHRENDES



STIMMEN AUS DER PRAXIS

Wir haben Interviews mit 15 ehren- und hauptamtlichen kommunalpolitischen Mandats- und Amtsträger*innen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern geführt. Die Interviewten sind Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union (CDU), der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), vom Bündnis 90/Die Grünen, der Linken, der Freien Demokratischen Partei (FDP) und auch parteilos. Alle Interviewpartner*innen haben aus ihren unterschiedlichen individuellen Kontexten heraus vertrauensvoll Einblick in ihre Erfahrungen mit Rechtsextremen in ihrer kommunalparlamentarischen Arbeit gewährt und erheblich zur inhaltlichen Überarbeitung dieser Handreichung beigetragen.

Hier finden Sie eine Auswahl von Zitaten aus den Interviews zu Fragen, die wir allen unseren Gesprächspartner*innen der Vergleichbarkeit halber gestellt haben. Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes sind die Zitate anonymisiert sowie konkrete Angaben, die Rückschlüsse auf Person, Ort und Parlament zulassen, herausgekürzt.

➤ WIE VERHALTEN SICH RECHTSEXTREME IM KOMMUNALEN PARLAMENT? WIE ARBEITEN SIE?

„Wir bewegen uns immer auf zwei Ebenen: innen und außen. [...] Also wenn der Werksausschuss vom Abwasserwerk tagt, kommen die nicht hin, weil da ist keine Bühne. [...] Die parlamentarische Arbeit fällt denen eher schwer oder bietet nicht den populistischen Nutzen, den sie gerne hätten. Deshalb werden Ressourcen da anders verteilt. Man merkt es aber, wenn es zum Beispiel um Haushaltsfragen geht: Es gibt ja Beauftragte in Kommunen für bestimmte Themen, beispielsweise für Menschen mit Behinderungen oder für Gleichstellung. Eben diese Posten werden infrage gestellt. Mittel, die dafür oder für andere Beteiligungsprozesse zur Verfügung stehen, werden infrage gestellt. [...] Dann kommen Anträge, diese Mittel zu streichen, und das sind Angriffe auf die Einrichtungen, die unsere Demokratie gerade starten.“

„Also das war so ein Prozess, der in den letzten Jahren ganz gut zu beobachten war, indem sie Grenzen immer weiter ausgereizt, also immer geschaut haben, wie weit können wir gehen, wann schreitet die Sitzungsleitung ein? Auch mit Blick auf Formalien wie Redezeit oder völlig sachfremde Äußerungen. Die Vertreter der NPD, aber insbesondere der AfD bringen damit die Sitzungsleistung schon mal ein Stück weit zur Weißglut. Ich bin froh, dass die Sitzungen von einem gestandenen Kommunalpolitiker geleitet werden, der in seiner Rolle gefestigt ist und weiß, worauf es ankommt. Und dennoch ist natürlich festzustellen, dass auch so eine Person nach fünf oder sechs Stunden Gremiensitzung manchmal kurz davor ist, das Handtuch zu werfen, wenn sie immer wieder ganz bewusst aus der Reserve gelockt wird. Das ist auf jeden Fall eine Taktik der AfD, die Dinge bis hin zu Ordnungsrufen etc. auszureizen und dann wieder ganz schnell die Rolle derjenigen einzunehmen, die nicht verstanden werden, die immer ungerecht behandelt werden.“

„Da wird sich angeschrien und da werden irgendwelche Vorwürfe auf einmal gemacht. Dann geht es auf einmal um ganz andere Themen. Es werden die Stimmen erhoben, es wird unsachlich, es wird teilweise auch beleidigend. Und das ist für mich dann keine vernünftige politische Debatte, sondern es wird sich nicht ans Rederecht gehalten.“

„In der Stadt gibt es keine Begrenzung von Redezeiten, sondern nur die Empfehlung: Keine Rede ist länger als 5 Minuten. Aber wenn jede Person 5 Minuten redet und wenn das 12 Leute sind, 12 mal 5, dann sind wir bei 70 Minuten, und das tun sie sehr gerne. Es geht darum, mürbe zu machen. [...] Ich weiß nicht, ob die hoffen, dass wir dann alle irgendwie gehen oder so, weil manche gehen. Die müssen ihren Zug erreichen, dann gehen manche früher, und dann ist ja die eine Seite geschwächt mit weniger Gegenstimmen. Das provozieren sie dadurch.“

„Die Absichten sind tatsächlich, dass sie die Macht haben wollen. Also das merkt man auch an ihrem Abstimmungsverhalten, wenn es so um Ausschussvorsitze, um Präsidiumssitze geht oder was auch immer. Da merkt man, dass sie sich schon in Stellung bringen. Im Präsidium sind wichtige Posten, denn dann nimmt man Termine wahr, da geht man zur Ausstellung, da geht man zur Feuerwehr. Dadurch haben sie diesen Zugang [...]. Sie können viele Dinge bestimmen da vorne im Präsidium, sie können einfach eine Hand übersehen, wenn man reden möchte. Das ist Strategie und da haben sie darauf hingearbeitet.“

➤ WIE WIRKEN SICH PARLAMENTERISCHE STRATEGIEN DER EXTREMEN RECHTEN AUF DAS DEMOKRATISCHE MITEINANDER VOR ORT AUS? WIE AUF DAS KOMMUNALPOLITISCHE EHRENAMT ODER DIE KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG?

„Das wirkt sich natürlich auf alle aus. Das wirkt sowohl auf die Kommunalpolitiker*innen, die sich fragen, [...] warum arbeiten wir nicht zusammen zum Wohle unseres Landkreises oder unserer Stadt, sondern es geht immer um bundespolitische Themen, die total aufgebläht werden. Es sind persönliche Anfeindungen, es sind krasse Angriffe. Dann überlegen Menschen, ob sie sich zurückziehen aus dem Ehrenamt. Aber natürlich merkt man das auch bei Verwaltungsmitarbeitenden. Die kommen nicht mehr in die Sitzung, sondern schauen sich vielleicht den Livestream von zu Hause an, um so eine gewisse Distanz aufzubauen und sich selbst zu schützen, weil es für alle belastend und kräftezehrend ist. Es kostet Energie, die man woanders reinstecken wollte, aber mit diesem Auftreten und der zumindest versuchten Vereinnahmung von Sitzungen, erfolgt auch eine Gegenreaktion. Alle sind dann damit beschäftigt, sich zu überlegen: Wie reagieren wir jetzt in der Geschäftsordnung darauf? Was müssen wir anpassen? Brauchen wir ein Saalmikro oder können alle von vorne sprechen? Das sind ja alles kleinteilige Antworten, die wir geben müssen. Andernfalls gibt man kampflos den Raum des Parlaments auf. [...] Und wenn man das dann im Ehrenamt macht, im Feierabend und die Hälfte der Fraktionssitzung dann darauf geht, sich korrekte Lösungen zu überlegen, dann ist wenig Energie für die eigentliche politische Arbeit und Auseinandersetzung übrig.“

„Die Verwaltung mit Anfragen lahmzulegen, das ist auch nach wie vor ein entscheidender Faktor. Teilweise werden diese Anfragen in den Sitzungen selbst formuliert, häufig mit bewusst irreführenden Behauptungen. Dabei geht es gar nicht um die Beantwortung an sich, die die Verwaltung dann häufig im Nachgang schriftlich gibt, sondern nur darum, möglichst öffentlichkeitswirksam ein Thema zu besetzen. Auch außerhalb der Sitzungen bekommt die Verwaltung zahlreiche und umfangreiche Anfragen von der AfD-Fraktion, deren Beantwortung enorm viel Zeit bindet. Wir sind als Verwaltung zur Beantwortung innerhalb einer gesetzten Frist verpflichtet. Häufig sind es regelrechte Kataloge von 10 oder 20 Fragen zu umfangreichen Themenkomplexen. Allein die Recherche dazu bindet tagelang wertvolle Arbeitskraft, die an anderer Stelle schmerzlich fehlt. Und genau das ist auch das Kalkül dahinter. Zudem stellen wir fest, dass unsere Auskünfte dann wiederum genutzt werden, um weiter auch gegen die Verwaltung zu arbeiten, und zwar übergreifend und offenbar - leider - gut koordiniert im Land. Das stellen wir fest anhand von gleich- oder ähnlich lautenden Anträgen und Anfragen, die häufig fast zeitgleich in mehreren Kommunen und teilweise auch im Landtag gestellt werden.“

„Wir haben hier kleine Vereine und Verbände, anders als die großen: DRK, Caritas und wie sie alle heißen. Wir haben Angst, dass wir diesen Status verlieren, etwas für Menschen tun zu können. In einigen Städten und Landkreisen ist das Frauenschutzhaus tatsächlich irgendwie an Wohlfahrtsverbände angeschlossen. Hier ist das ein ganz eigener kleiner Trägerverein. Sie greifen hier in der Stadt ständig im Sozialausschuss auch diese ganzen Beratungsstellen an: Schuldnerberatung, Familienberatung, Ehe und Familie und auch Pro Familia. Also, alle werden erstmal durchgängig angegriffen, weil die natürlich alle jährlich einen Obolus kriegen. Das ist gefährlich. Und im Kreis, weil der ja zuständig ist für die Unterbringung von Geflüchteten, ist das jetzt schon und war es auch die letzten 5 Jahre so, dass sie in den Ausschüssen erfahren, in welchem Ort, in welches Dorf, in welche Stadt gerade wieder Geflüchtete kommen. Dann gehen sie dahin und hetzen dort die Menschen auf.“

➤ WIE SOLLTE DIE „BRANDMAUER“ GEGEN RECHTSEXTREME IM PARLAMENT GESTALTET SEIN?

„„Brandmauer“ verstehe ich als eine Reihe von Strategien: Für mich ist jetzt schon bewiesen, dass es auf jeden Fall viel deutlicher werden muss, dass wir strategisch handeln müssen. Wir müssen uns mit den demokratischen Kräften mehr absprechen, koordinierter sein, Allianzen bilden. Denn das macht die Gegenseite auch. Die machen das wirklich strategisch und das merkt man auf allen Ebenen, dass die viel professioneller agieren. Auch wir müssen Strategien entwickeln. Das war früher viel passiver, man hat das halt so hingenommen, alles war irgendwie etwas harmonischer. Die Zeiten haben sich geändert und jetzt müssen wir auch aktiver werden.“

„[...] Wir müssen die Rechtskonservativen dazu bringen, sich klar zu positionieren, und dann diejenigen, die sich nicht klar positionieren oder dann eben für die AfD und andere Rechtsextreme entscheiden, ganz klar ausgrenzen. Und dann reden, denn das ist der einzige Weg. Ohne die Konservativen, glaube ich, geht es nicht. Da braucht es einen Aufstand der Anständigen. Das führt auch dazu, dass wir wieder mehr dazu kommen, inhaltlich zu ringen. [...] Wir müssen tatsächlich über alle politischen, über alle demokratischen, politischen Lager hinausschauen: Wie kommen wir zusammen?“

„Auch das Abstimmungsverhalten ist halt wichtig, [...] dass, wenn wir gegen etwas sind, dass man sich nicht enthält, sondern dass wir dann auch dagegen stimmen. [...] Teilweise sind Anträge angenommen worden mit 5 Ja-Stimmen und irgendwie 12 Enthaltungen. Und das kann nicht richtig sein. Da muss man sich auch positionieren, dafür ist man als Stadtvertreter gewählt worden. Und wenn wir uns weiter so verhalten würden, mit dieser Enthaltungsgeschichte und dem Nicht-dagegen-Stimmen, dann würden die AfD-Anträge auch alle so durchgehen. [...] Das ist immer so ein bisschen das Spannungsfeld mit dem Thema Brandmauer. [...] Es ist natürlich auf kommunaler Ebene schwierig, wirklich zu sagen, wir haben eine Brandmauer und wir stimmen auf gar keinen Fall mit der AfD zusammen ab. Es ist schwierig, doch bisher macht es uns die AfD dahingehend leicht, weil sie einfach Anträge stellen, die entweder nicht rechtmäßig oder die sowieso kontraproduktiv sind für unsere Stadt, sodass ich mich bisher mit dem Konflikt gar nicht befassen musste, ob ich jetzt dafür stimmen muss oder nicht, weil ich das gut finde als Idee.“

„Es ist schwierig, weil wir auf kommunaler Ebene natürlich Ideen für die Stadt haben, die man politisch nicht in rechts oder links einordnen kann. Wenn es jetzt zum Beispiel um die Schaffung eines neuen Radweges geht, dann ist es weder rechts noch links, sondern es könnte ja eine gute Idee sein, wenn es vernünftig durchdacht ist, rechtmäßig ist, alles bedacht wurde, was man mit den Behörden abklären muss, der Haushalt das hergibt oder so. Wenn das alles richtig abgesteckt ist, dann ist es für mich eine schwierige Sache zu sagen: Nein, ich will das nicht, obwohl ich vielleicht selber die Idee gut finde. Sie dann abzulehnen, weil sie aus der AfD-Richtung kommt, ist dann schwierig. Das Einzige, was für mich dann wichtig ist in der Kommunalpolitik bei solchen Themen, ist, dass man eventuell dem Antrag nicht gleich so vertraut, sondern sich erst mal anguckt: Was steckt dahinter? Also man muss sich einfach damit befassen, man muss sich viel vorbereiten. Das ist eigentlich das Wichtigste in der Stadtvertretung, die ganze Vorbereitungszeit dazu. Dann kommt man relativ schnell darauf oder zu der Überzeugung, dass der Antrag vielleicht auch Interessen verfolgt, die entweder populistischer Natur sind oder die darauf abzielen, eigene Leute in irgendwelche Positionen zu bringen.“

➤ WAS BRAUCHT ES FÜR STRUKTUREN, MASSNAHMEN UND UNTERSTÜTZUNG VON AUSSERHALB DES KOMMUNALPARLAMENTES?

„Innerparteilich muss es Maßnahmen geben, die es ja auch in anderen Parteien wie der AfD gibt. Es muss mehr Schulungsangebote geben. Es muss klar sein, dass man sich mehr auf seine Verantwortung fokussiert und das Mandat nicht nur so nebenbei macht, wie es ja oft im Kreistag der Fall ist.“

„Es ist ein Problem [...], dass es immer mehr Wählervereinigungen gibt. Natürlich ist das demokratisch gesehen in Ordnung, aber denen fehlt ja der Bezug in höhere Ebenen und da entstehen dann, glaube ich, viele Defizite durch diese Strukturen. Ich kann es aber auch nachvollziehen, weil es nicht mehr attraktiv ist, in Parteien zu sein und sich zu binden. Das sehen wir in vielen gesellschaftlichen Bereichen, auch bei Vereinen. Ganz viele Vereine finden keinen Nachwuchs mehr, die gehen daran zugrunde. Und bei politischen Parteien ist es auch so, seit Jahren gehen Mitgliederzahlen nach unten. Das merke ich auch bei uns im Kreis, vor allem die starke Über-

alterung, und da muss man sich auch Gedanken machen: Wird unser politisches System das noch auf Dauer durchhalten mit diesen Strukturen?“

„Die nächste wichtige Sache ist, sich zu vernetzen. Nicht nur innerhalb seiner Partei oder seiner Fraktion, sondern man sollte sich vernetzen innerhalb seiner Kommune mit Gewerbetreibenden oder anderen selbstständigen Unternehmen oder mit Einrichtungen, Kindergärten oder Schulen. Alles Mögliche, aber auch zum Beispiel im Kontakt mit dem Landkreis oder im Kontakt mit Bundesbehörden, wenn das mal notwendig werden sollte. Dieses Vernetzen ist ganz, ganz wichtig. Was ich auch als wichtig ansehe, ist, sich mit der eigenen Verwaltung zu befassen, also mit den Verwaltungsangestellten ins Gespräch zu kommen, mit denen auch über gewisse Vorhaben zu reden und die vielleicht auch mal ein bisschen mit einzubinden. Das ist viel Arbeit, aber das ist auch ein bisschen das Spaßige an der Sache. Ich befasse mich gerne mit anderen Menschen und vernetze mich, weil es einen einfach weiterbringt und weiterbildet. Denn man kann nicht alles wissen und man kann nicht überall immer die richtige Entscheidung treffen, aber man kann zumindest versuchen, mit Fachleuten ins Gespräch zu kommen und [...] dann so die richtige Entscheidung zusammen zu erwirken.“

„Rückendeckung aus der Partei oder auch aus der Fraktion zu bekommen. Alleingänge zu wagen in der Stadtvertretung, ist meistens sehr kontraproduktiv und sorgt dafür, dass auch die Fraktion, die eigentlich ein starkes Konstrukt darstellt, vielleicht eher weiter geschwächt wird und die volle Stärke nicht wirklich ausspielen kann. Das heißt, da ist es halt wichtig, diese Rückendeckung zu haben. Und was ich mir wünschen würde, ist, dass es diese Rückendeckung auch mehr aus der Parteispitze heraus gibt. Ich habe das Gefühl, man schaltet sich nur ein, wenn schon alles brennt, einmal kurz.“

„Das Problem ist, inwieweit äußert man sich in der Öffentlichkeit zu dem Thema? Weil wenn ich mich wirklich voll ins Zeug lege gegen Rechtsextreme, habe ich immer im Hinterkopf ‚Na ja, ich wohne hier in dem Ort und dieser Typ wohnt da, vier Häuser entfernt. Man weiß nicht, zu was ist dieser Mann fähig?‘. Das ist immer diese Gratwanderung, wie stark positioniere ich mich in der Öffentlichkeit mit meinen Worten? Auch ich muss mein Privatleben schützen und in Balance bringen. Da kann aber Öffentlichkeit auch schützen irgendwo. Also wenn man bestimmte Dinge einfach in die Öffentlichkeit transportiert, ist es wie eine Schutzfunktion. Das ist etwas, das ich mir wünsche: Wenn alle Gemeindevertreter sensibilisiert sind und ganz klar sagen ‚Nein zu rechts!‘ und ‚Nein zu diesem NPD-Vertreter!‘ und sich alle knallhart danach verhalten, dann weiß die Bevölkerung klar: Sie sind alle dagegen, also kann ja irgendwas nicht stimmen mit diesem NPD- oder Heimatvertreter. Und das ist das, was ich mir wünsche.“

➤ WAS HAT IM UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN VERTRETER*INNEN GUT GEKLAPPT? WELCHE EMPFEHLUNGEN KÖNNEN SIE GEBEN?

„In so einer direkten Auseinandersetzung kann man sie stellen und sie vielleicht auch zum Nachdenken bringen. [...] Da hab' ich mir gedacht, vielleicht bringt es ja doch was, einfach offen zu sein, zu reden und sich nicht abzuschotten. Das wird in vielen Fällen sicherlich nicht

funktionieren. Aber ich weiß nicht, ob es die richtige Strategie ist, sie komplett in eine Ecke zu drängen. Das sehen viele andere Menschen auch so, denn letztendlich – gerade auf kommunaler Ebene – kommen solche Leute eigentlich nicht aus einer radikalen Ecke. Sie sind einfach unzufrieden mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und artikulieren das denn halt über diese Mitgliedschaft in der AfD. Ja, das wäre vielleicht eine Strategie: mehr miteinander reden.“

„Nazis nicht grüßen. Das klappt gut. Und es ist das, was sie versuchen: Ein Kollege von mir aus der Bürgerschaft wurde plötzlich geduzt von einem AfDler. Wir haben später alle gelacht, was da passiert. Bei so etwas immer wieder bewusst die Abgrenzung zu suchen, ist wirksam, weil es sie offensichtlich stört, sonst würden sie es ja nicht wieder umgekehrt versuchen. Dabei geht es um Raumlegitimation: Sobald ich einem Rechtsextremen die Hand gebe zur Begrüßung oder gratuliere oder irgendwas, ist das legitim, was er tut. Und nein, das bekommt er halt nicht. Das ist also das Kleinste, was man tun kann. Dann – auch wenn das schwerfällt – auch in Ausschusssitzungen: Wenn da nur eine Person als Gast ist, es quasi keine Öffentlichkeit gibt, trotzdem zu widersprechen, weil es vielleicht genau für die eine Person richtig wichtig ist. Und man denkt sich: Muss ich jetzt nochmal? Denn es ist ja schon 21 Uhr, wir haben jetzt schon drei Stunden getagt, ist es jetzt wirklich nötig? Aber, ja, es ist nötig.“

„Dass man sich gegenseitig unterstützt, miteinander redet und nicht ständig irgendwelche Feindschaften untereinander aufbaut, nur weil man jetzt mal irgendwie das falsche Wort irgendwo gewählt hat. Das ist ein Tipp an zukünftige Stadtvertreter: Nicht immer alles so sensibel zu nehmen. In meinen Augen müssen das ganz sachliche Diskussionen sein, die dort geführt werden. Am Ende, wenn jeder seine Meinung geäußert hat, muss darüber einfach abgestimmt werden. Und wenn die Abstimmung vorbei ist, dann ist die Abstimmung vorbei. Dann geht es um den nächsten Antrag und dann braucht man nicht mehr wütend sein wegen der Diskussion, die man gerade geführt hat, sondern dann muss man wieder von null starten können. Natürlich ist es schwierig, wir sind alle Menschen, wir haben alle irgendwie Emotionen, haben vielleicht auch mal einen schlechten Tag. Aber das ist eine ganz wichtige Sache, dass man so objektiv wie möglich zusammenarbeitet und dass man nicht ausfallend wird oder sich beleidigt.“

„Immer Widerspruch. Und darauf achten, dass man nicht zurückschimpft, sondern mit Fakten argumentiert. Das Glück in diesen Parlamenten ist ja, dass man diese Anträge vorher kriegt, zwei Wochen vorher, und sich dann schon mal eine Rede ausdenken kann, die man halten will. [...] Wenn die dann noch irgendwo einen Änderungsantrag einbringen, dann ist das natürlich blöd, dann muss man das im Schnellschritt irgendwie schreiben. Die nächste Strategie ist, dass man tatsächlich öffentlich arbeitet. Wer den Livestream nicht guckt, muss eine Woche warten, bis die Sitzung auf youtube.com ist, das gucken auch nicht alle [...]. Man muss das selber öffentlich machen. Das mache ich auch: Ich erkläre das den Leuten. Ich bin einmal im Monat hier [...] und erzähle den Menschen dann, wie das tatsächlich war, wie so eine Art Sprechstunde. Ich geh’ auch in Kneipen, in Gaststätten, engagiere mich in Vereinen und Verbänden und mach’ da einfach was.“

„Man sollte sich bloß nicht entmutigen lassen, sondern immer am Ball bleiben. Ich finde auch wichtig, dass man, wenn man Vertreter ist, sich mit der Kommunalverfassung beschäftigt. Und es gibt viele Schulungsangebote vom Städte- und Gemeindetag, dass man die auch nutzt.

Weil, wenn man zum Beispiel einen Antrag stellt, der für die Mehrheit der Bevölkerung gut ist, aber aktuell keine Mehrheit findet, gibt es verschiedene Möglichkeiten, das trotzdem durchzukriegen durch Unterschriftenaktionen, durch Öffentlichkeitsarbeit und gegebenenfalls auch durch ein Bürgerbegehren. Das sind alles Instrumente, mit denen man sich beschäftigen und auseinandersetzen muss. Das kann ich nur, wenn ich das Fachwissen dazu habe. Und ganz wichtig ist, dass man eine Basis hat, einen Rückzugsort mit Gleichgesinnten, mit denen man sich austauschen kann.“

INFORMATION UND BERATUNG

Die RAA M-V ist seit mehr als 25 Jahren mit einem Team aus qualifizierten Expert*innen im Themenfeld Rechtsextremismus und Demokratiestärkung in M-V vertreten. Wir beraten Sie gern bei Ihrem Anliegen – kostenlos, aufsuchend und kompetent!



RAA | Demokratie und Bildung Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Am Melzer See 1 | 17192 Waren (Müritz)
Telefon: 03991/66960 | E-Mail: info@raa-mv.de
www.raa-mv.de

Ansprechpartner für Ihre Anliegen im Themenfeld Rechtsextremismus sind die Regionalzentren für demokratische Kultur Mecklenburg-Vorpommern. Die RAA M-V ist Träger des Regionalzentrums für demokratische Kultur Westmecklenburg. Gemeinsam mit Ihnen oder Ihrer Institution entwickeln wir individuelle Handlungsstrategien und Trainings und unterstützen Sie bei der Umsetzung. Die Beratung ist vertraulich, individuell und kostenlos.

ANSPRECHPARTNER FÜR DIE LANDKREISE NORDWESTMECKLENBURG, LUDWIGSLUST-PARCHIM UND DIE LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN IST DAS:



Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg
Am Packhof 8 | 19053 Schwerin
Telefon: 0385/30309037 | E-Mail: westmecklenburg@raa-mv.de
www.demokratie-mv.de

WEITERE REGIONALZENTREN IN MECKLENBURG-VORPOMMERN SIND:



Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Greifswald
Leipziger Allee 21 | 17389 Anklam
Telefon: 03971/2934912 | E-Mail: info-vg@cjd-rz.de
<https://regionalzentrum-mv.cjd.de/de/regionalzentrum-vg>



Regionalzentrum für demokratische Kultur Landkreis und Hansestadt Rostock
Konrad-Zuse-Straße 1a | 18184 Roggentin
Telefon: 0381/4031761 | E-Mail: rz.rostock@akademie.nordkirche.de
www.akademie-nordkirche.de/demokratische-kultur



Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Rügen
Carl-Heydmann-Ring 55 | 18437 Stralsund
Telefon: 03831/282584 | E-Mail: rz.stralsund@akademie.nordkirche.de
www.akademie-nordkirche.de/demokratische-kultur



Regionalzentrum für demokratische Kultur Mecklenburgische Seenplatte
Friedrich-Engels-Ring 48 | 17033 Neubrandenburg
Telefon: 0395/5638877 | E-Mail: info-mse@cjd-rz.de
<https://regionalzentrum-mv.cjd.de/de/regionalzentrum-mse>

LANDESWEITE BERATUNG FÜR BETROFFENE, ANGEHÖRIGE UND ZEUG*INNEN VON RASSISTISCHEN, ANTISEMITISCHEN, HOMO- UND TRANSFEINDLICHEN UND ANDEREN RECHTSMOTIVIERTEN ANGRIFFEN:



LOBBI Ost
(Vorpommern-Greifswald, Mecklenburgische Seenplatte)
Helmut-Just-Straße 4 | 17036 Neubrandenburg
Telefon: 0395/4550718 | E-Mail: ost@lobbi-mv.de
www.lobbi-mv.de



LOBBI West
(Nordwestmecklenburg, Ludwigslust-Parchim, Schwerin)
Budapester Straße 7 | 18057 Rostock
Telefon: 0381/2009377 | E-Mail: west@lobbi-mv.de
www.lobbi-mv.de



LOBBI Nord
(Vorpommern-Rügen, Landkreis Rostock, Rostock)
Budapester Straße 7 | 18057 Rostock
Telefon: 0381/2009379 | E-Mail: nord@lobbi-mv.de
www.lobbi-mv.de



Dokumentations- und Informationsstelle Antisemitismus Mecklenburg-Vorpommern (DIA.MV)
Budapester Straße 7 | 18057 Rostock
Telefon: 0381/12878528 | E-Mail: info@dia-mv.de
www.dia-mv.de

WEITERE LANDESWEITE BERATUNGS- UND INFORMATIONANGEBOTE FINDEN SIE BEIM:



Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern
Landeszentrale für politische Bildung
Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz
Jägerweg 2 | 19053 Schwerin
www.beratungsnetzwerk-mv.de

BERATUNGS-, INFORMATIONEN- UND UNTERSTÜTZUNGSANGEBOTE FÜR KOMMUNALPOLITIKER*INNEN:



starke Stelle – Bundesweite, unabhängige Ansprechstelle für Kommunalpolitiker*innen

www.starkestelle.de

Betrieben von:

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Graurheindorfer Straße 198, Haus 6 | 53117 Bonn

Telefon: 0228/99681-13190 | E-Mail: dfk@bmi.bund.de



Stark im Amt – Portal für Kommunalpolitik gegen Hass und Gewalt

www.stark-im-amt.de

Stark im Amt ist eine Kooperation des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes mit dem Initiator und Projektpartner, der Körber-Stiftung.



Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Geschäftsstelle | Haus der kommunalen Selbstverwaltung

Bertha-von-Suttner-Straße 5 | 19061 Schwerin

Telefon: 0385/3031210

www.stgt-mv.de



Starke Demokratie e. V.

Pestalozzistraße 25 | 22305 Hamburg

Telefon: 0151/70169966 | E-Mail: kontakt@starkedemokratie.de

www.starkedemokratie.de

WEITERFÜHRENDES

INTERNET



www.dstgb.de

Deutscher Städte- und Gemeindetag e. V.



www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Informations- und Vernetzungsplattform der Amadeu-Antonio-Stiftung und dem Magazin *Stern* mit vielen Beispielen aus der lokalen Alltagsarbeit.



www.toolbox-gegen-rechts.de

Mehrsprachiges Informationsportal für Betroffene rechter Gewalt mit konkreten Handlungsempfehlungen.



www.bpb.de/rechtsextremismus

Informationsportal der Bundeszentrale für politische Bildung mit fundierten Analysen und Materialien sowie weiterführenden Links.



www.mvschauthin.de

Umfangreiches und aktuelles Portal mit vielfältigen, auch themenspezifischen Informationen und Materialien zu Codes, Symbolen und Lifestyle extremer Rechter.



www.endstation-rechts.de

Informatives Portal aus Mecklenburg-Vorpommern, das aktuelle rechtsextreme Entwicklungen beobachtet, kommentiert und Gegenstrategien vorstellt.



www.belltower.news

Journalistische Plattform der Amadeu Antonio Stiftung zu Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und weiterer Demokratiegefährdung in Deutschland.



www.apabiz.de

Das antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e. V. bietet ein umfangreiches Archiv verschiedenster Materialien zum Thema Rechtsextremismus und vermittelt Referent*innen für Bildungsveranstaltungen.

LITERATUR



Engagiert & demokratisch bleiben – Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der extrem rechten AfD.

Hrsg. v. Bundesverband Mobile Beratung e. V., Dresden 2025.

Download unter: <https://bundesverband-mobile-beratung.de/publikationen/engagiert-demokratisch-bleiben-handlungsempfehlungen-zum-umgang-mit-der-extrem-rechten-afd/>



Steven Hummel und Anika Taschke: **Hält die Brandmauer?**

Studie zu Kooperationen mit der extremen Rechten in ostdeutschen Kommunen.

Hrsg. v. d. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2024.

Download unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studie_Brandmauer_web.pdf



Tilo Giesbers, Anika Taschke, Cash Hauke, Philipp Piechura, Ingolf Seidel:

Rät*innen gegen rechts. Umgang mit Rechten in kommunalen Gremien.

Hrsg. v. d. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2021 (2. aktualisierte Auflage).

Download unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Broschur_Raet-innen-gegen-rechts.pdf



„Linksgrün-versifft?“ Handreichung zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Wählerbündnissen auf kommunaler Ebene.

Hrsg. v. Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, für den Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Stiftungen, Dresden 2018.

Download unter: <https://weiterdenken.de/sites/default/files/linksgruenversifft.pdf>



„Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück“. Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen.

Hrsg. v. Bundesverband Mobile Beratung e. V. in Kooperation mit d. Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) und d. Kulturbüro Sachsen e. V., Berlin 2019 (2. Auflage).

Download unter: <https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/2019-BMB-Umgang-mit-Rechtspopulismus.pdf>



Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD.

Hrsg. v. d. Amadeu Antonio Stiftung, Berlin 2019 (2. überarbeitete Auflage).

Download unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/01/Demokratie_in_Gefahr_web.pdf



Projekt „Kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus im Vergleich“. Studienbericht.

Hrsg. v. Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK), Berlin 2014.

Download unter: https://mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/VDK_Studie_KommunaleStrategien.pdf



Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Hrsg. v. Dietmar Molthagen und Lorenz Korgel im Auftrag d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2009.

Download unter: <https://library.fes.de/pdf-files/do/06431.pdf>

Arbeitshilfe – Konstituierende Sitzung der Gemeindevertretung.

Hrsg.: Klaus-Michael Glaser, Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e. V., Bd. 30 der Schriftenreihe des StGT e. V.

Christian Wirrwitz: **Volksnähe und Populismus.**

Eine Diagnose für die Kommunalpolitik.

Hrsg. v. Kommunalpolitischen Forum Sachsen e. V., Bd. 15 d. Reihe Edition KFS, o. O. 2023.



Handlungssicher gegen Menschen- und Demokratiefeindlichkeit.

Eine Arbeitshilfe für ehren- und hauptamtlich Aktive.

Hrsg. v. AWO Bundesverband e. V., Berlin 2024.

Download unter: <https://awo.org/artikel/handlungssicher-gegen-menschen-und-demokratiefeindlichkeit/>



Im Verein – gegen Vereinnahmung.

Eine Handreichung zum Umgang mit rechtsextremen Mitgliedern.

Hrsg. v. d. RAA – Demokratie und Bildung Mecklenburg-Vorpommern e. V., Waren (Müritz) 2024 (4. aktualisierte Auflage).

Download unter: <https://www.raa-mv.de/download/im-verein-gegen-vereinnahmung-eine-handreichung-zum-umgang-mit-rechtsextremen-mitgliedern/>



Titus Simon, Gregor Behrendt, Michael Bertram, Carolin Jahnke, Richard Kunstmann, Susanne Maikath, Luise Prell, Max Riedel, Alexander Wassilenko:

Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Schweigen heißt Zustimmung.

Hrsg. v. Bund der Deutschen Landjugend e. V., Berlin 2017 (aktualisierte Neuauflage).

Download unter: <https://www.landjugend.de/publikationen/rechtsextremismus-in-den-laendlichen-raeumen/>



Rechts oben II. Demokratie und Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern.

Hrsg. v. d. RAA – Demokratie und Bildung Mecklenburg-Vorpommern e. V., Waren (Müritz) 2016.

Download unter: <https://www.raa-mv.de/download/rechts-oben-ii-demokratie-und-rechtsextremismus-in-mecklenburg-vorpommern/>

SPENDENAUFTRUF

GEMEINSAM GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

RAA M-V. DEMOKRATIE STÄRKEN. BILDUNG GESTALTEN.

War diese Broschüre nützlich für Sie?

Dann unterstützen Sie uns bei der Erstellung der nächsten Publikation!

Damit wir diese Arbeit machen können, sind wir auf Spenden angewiesen.

Denn Spenden sind ein essenzieller Bestandteil unserer Finanzierung.

Jede einzelne Spende sichert die Zukunft und Unabhängigkeit der RAA | Demokratie und Bildung Mecklenburg – Vorpommern.

Damit wir uns weiterhin für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus engagieren können. Gemeinsam. Seien Sie dabei.

www.raa-mv.de/spenden

RAA Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Deutsche Kreditbank

IBAN: DE03 1203 0000 0018 6675 35

BIC: BYLADEM1001

Oder über **Paypal**



Bitte geben Sie bei der Überweisung Ihre Postanschrift an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

IMPRESSUM

Herausgeberin:

RAA – Demokratie und Bildung Mecklenburg-Vorpommern e. V., www.raa-mv.de

Autor*innen:

Alena E. Lyons, Stefan Kollasch, Cornelia Neumann, Karl-Georg Ohse, Susanne Theilmann

Redaktion:

Carolin Kerberg, Sara Klamann, Alena E. Lyons, Christian Utpatel

Druck:

© RAA – Demokratie und Bildung Mecklenburg-Vorpommern e. V., 2010

2. aktualisierte und erweiterte Auflage, 2025

Wir danken:

Klaus-Michael Glaser, Referent des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern e. V., für die kompetente und freundliche Beratung bei der Erstellung dieser Handreichung. Wir danken allen Interview- und Gesprächspartner*innen für das uns entgegengebrachte Vertrauen und die Teilhabe an ihrer erfahrungsstarken Expertise und professionellem Wissen.

Die 2. überarbeitete Auflage dieser Publikation wurde von der Beratungsstelle für Demokratiestärkung und Rechtsextremismusprävention der RAA im Amt Krakow am See erstellt. Die Beratungsstelle und die Neuauflage dieser Publikation wurden aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« von der Partnerschaft für Demokratie der Ämter Krakow am See und Mecklenburgische Schweiz gefördert.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMBFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.



Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Gemeinsam für
Krakow am See &
Mecklenburgische Schweiz
Partnerschaft für Demokratie



Beratung für
Demokratiestärkung und
Rechtsextremismus-
prävention
IM AMT KRAKOW AM SEE





Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Partnerschaft für Demokratie

Beratung für Demokratiestärkung und
Rechtsextremismusprävention

IM AMT KRAKOW AM SEE

